

Landtagswahl 2003

Machen Sie mit im Wahlkampfteam der Frankfurter CDU!
Wir suchen ein schlagkräftiges Team aus jungen und erfahrenen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern, die in der "heißen" Phase des Wahlkampfes (6. Januar bis 1. Februar 2003) den CDU-Kreisverband und die Landtagskandidaten unterstützen (Infostände, Canvassing, Veranstaltungen usw.)
Deshalb bitten wir um Ihre aktive und engagierte Unterstützung! Es soll sich für uns und auch für Sie lohnen.

Hier ausschneiden und schicken oder faxen oder per e-mail an:
CDU-Kreisverband – Eschenheimer Anlage 19 – 60318 Frankfurt am Main
Fax: 069 / 15 30 99 20, e-mail: feda@cduffm.de

Ich mache mit im CDU-Wahlkampfteam

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____

Fax: _____

e-mail: _____



Impressum:

Herausgeber:
CDU Frankfurt
Kreisverband und
Stadtverordnetenfraktion.
Kreisverband:
Eschenheimer Anlage 19
60318 Frankfurt am Main
Telefon (069) 153099-0
Fax (069) 153099-20
Fraktion:
Bethmannstraße 3
60311 Frankfurt am Main
Telefon (069) 1387280
Fax (069) 291355
Text und Redaktion:
Thomas Feda und
Alexander Zell
Fotos:
Georg Kumpfmüller, Dieter Kuhn,
DailyArt, Privatarchiv Dr. Wallmann,
Christoph Wermter, Fraport AG u.a.
Druck: Kristandt KG Frankfurt
Auflage: 5.000
Redaktionsschluß: 15.10.2002
Redaktionsschluß für die nächste
Ausgabe: 20.11.2002

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder. Die Redaktion behält es sich vor, Leserbriefe sinnwährend zu kürzen.

CDU

CDU Frankfurt, Eschenheimer Anlage 19, 60318 Frankfurt am Main
PVSt, Dt. Post AG, „Entgelt bezahlt“, D 45614

Frankfurt

magazin

Nr. 37 Oktober 2002



Dr. Walter Wallmann 70 Jahre – ein Leben für die CDU

In dieser Ausgabe:

Aus der Frankfurter CDU:

- Wahlergebnisse
- Bilder vom Bundestags-Wahlkampf in Frankfurt am Main
- Walter Wallmann 70 Jahre
- Buchempfehlung
- CDU-Nachrichten
- Termine

Aus der Fraktion:

- 11. September
- Dr. Waigel zum Tag der Einheit
- Aus den Arbeitskreisen
- Pressearbeit der Fraktion
- Anträge und Anfragen der Fraktion



ein schwieriger Wahlkampf liegt hinter, aber auch schon wieder vor uns. Allerdings darf der 22. September nicht gleich in Vergessenheit geraten. Die Frankfurter CDU hat mit ihren Stadtbezirksverbänden einen geschlossenen und kämpferischen Wahlkampf geführt. Die beiden Großveranstaltungen mit dem Kanzlerkandidaten Dr. Edmund Stoiber und dem Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl waren gut besucht, die Informationsstände im Stadtgebiet stark präsent; die Mobilisierung der Partei ist gut gelungen. Der Wille zum Sieg wurde bei allen Wahlkampfaktivitäten immer wieder deutlich zum Ausdruck gebracht.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Parteifreundinnen und Parteifreunden für die geleistete Arbeit im Wahl-

kampf bedanken. Insbesondere bedanke ich mich bei unseren beiden Bundestagskandidaten, Erika Steinbach und Markus Frank, für ihren engagierten Wahlkampf. Wahlkämpfe können aber nicht nur mit ehrenamtlichem Engagement bestritten werden; sie sind immer mit einem großen finanziellen Aufwand verbunden. Ohne die Unterstützung unserer Mitglieder und Spender wäre dieser Wahlkampf so nicht möglich gewesen. Dafür möchte ich mich ebenfalls recht herzlich bedanken!

Der Wahlausgang ist aber auch äußerst ernüchternd für die CDU gewesen. Die Union hat zwar mit der SPD im Bund wieder gleichgezogen, dennoch wurden unsere Wahlziele nicht erreicht; daran gibt es nichts zu beschönigen.

In Frankfurt ist es der SPD nach 1998 erneut gelungen, trotz eines Verlustes von 1,1 %-Prozent-Punkten bei den Zweitstimmen, die Bundestagswahl knapp für sich zu entscheiden. Auch unsere Direktkandidaten, Erika Steinbach und Markus Frank, konnten sich bei den Erststimmen nicht durchsetzen und verloren die beiden Frankfurter Bundestagswahlkreise an die SPD-Kandidatinnen.

Als Frankfurter CDU liegen wir mit 33,1% im oberen Drittel der anderen Großstädte. Dabei zeigt sich bei den Ergebnissen, dass die CDU in nahezu allen Großstädten deutlich unter dem Bundesergebnis von 38,5 % geblieben ist. Die Parteivorsitzende Dr. Angela Merkel hat dazu eindeutig Stellung bezogen: "Um wieder mehrheitsfähig zu werden, muss sich die CDU noch stärker thematisch positionieren. Für diese Herausforderung ist die CDU bestens gewappnet. Die drei Wurzeln, die das christliche Menschenbild der Union tragen - das Konservative, das Liberale und das Soziale - sind eine hervorragende Voraussetzung, um die Sehnsüchte der Menschen nach Geborgenheit und Sicherheit zu befriedigen. Die Union werde nicht den Fehler machen, dem Zeitgeist hinterherzulaufen. Der Zeitgeist muss von ihr vielmehr geprägt werden". Wir werden unsere Positionen als moderne Großstadtpartei in die Frankfurter Bevölkerung hineinragen.

Zur Landtagswahl am 2. Februar 2003 treten wir mit sechs Kandidaten an. Es liegt ein kurzer, aber besonders harter Winterwahlkampf vor uns. Wir müssen gemeinsam alle Anstrengungen aufbringen, die sechs Wahlkreise direkt zu gewinnen und damit unseren Beitrag zur Bestätigung der jetzigen Landesregierung unter Ministerpräsident Roland Koch zu leisten.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Udo Corts
Kreisvorsitzender

Bundestagswahl

Mit einer leichten Verbesserung ihres Zweitstimmen-ergebnisses endete die Bundestagswahl für die CDU in Frankfurt am Main. Der SPD ist es erneut gelungen, die Wahl in Frankfurt für sich zu entscheiden. Der Vorsprung hat sich aber von 8500 Stimmen (1998) deutlich auf 3600 Stimmen verkürzt. Die CDU erreichte einen Zweitstimmenanteil von 33,1%, die SPD 34,4%. Die CDU hat damit 0,3%-Punkte hinzu gewonnen, die SPD 1,1%-Punkte verloren. Die Grünen erzielten mit einem Zweitstimmenanteil von 18,5% ihr bestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl in Frankfurt. Der Zuwachs gegenüber 1998 betrug 4,3%-Punkte. (Zweitstimmenergebnis siehe Seite 3)

Wahlberechtigt waren 383.726 Frankfurter Bürgerinnen und Bürger, rund 2000 mehr als 1998. Die Wahlbeteiligung lag bei 77%. Sie lag damit -2,1%-Punkte unter dem Bundeswert und um -3,7%-Punkte niedriger als 1998.

Mit der 15. Legislaturperiode wurde der Bundestag von bisher 656 Abgeordneten auf 598 verkleinert. Die Anzahl der Bundestagswahl-

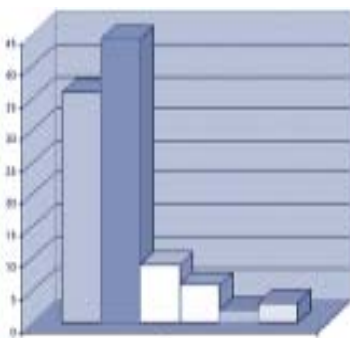
kreise und der direkt zu wählenden Abgeordneten verringerte sich damit jeweils auf 299. Die Stadt Frankfurt am Main hat durch diese Verkleinerung nur noch zwei Bundestagswahlkreise.

Die SPD konnte in beiden Frankfurter Bundestagswahlkreisen die Direktmandate gewinnen.

Im Wahlkreis 183 (Frankfurt am Main I) siegte die SPD-Kandidatin Gudrun Schaich-Walch gegen Markus Frank (+ 11304). In diesen Wahlkreis haben nach der Analyse des Frankfurter Bürgeramtes, Statistik und Wahlen die Grünen-Wähler am häufigsten taktisch die SPD-Kandidatin gewählt. Der Erfolg in dieser Höhe kann damit begründet werden.

Im Wahlkreis 184 (Frankfurt am Main II) konnte sich mit einem äußerst knappen Vorsprung von 409 Stimmen die SPD-Kandidatin Rita Streb-Hesse durchsetzen. Erika Steinbach ist über die Landesliste der CDU Hessen wieder im Bundestag vertreten.

Insgesamt lag der Erststimmenanteil der SPD bei 39,7%. Die CDU erreichte 35,6%. Das entspricht einen Stimmenvorsprung von



Erststimmenergebnisse

BW-Kreis 183
(250 Wahlbezirke)

- Frank, M. CDU 35,9 % (-3,6%)
- Schaich-Walch, G. SPD 44,3 % (+1,7%)
- Rottmann, M. GRÜNE 9,0 % (+0,8%)
- Otto, H.-J. FDP 5,9 % (+2,9%)
- Seibert, M. PDS 1,9 % (+0,1%)
- Sonstige 3,1 % (-1,9%)

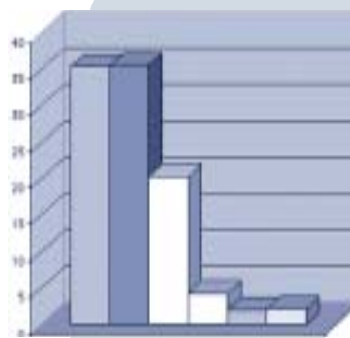
am 22. September 2002

11.800 Wahlstimmen; eine Zunahme von 7000 Stimmen gegenüber 1998.

Die CDU hat in 17 der 46 Ortsteile der Stadt Frankfurt am Main leichte bis stärkere Verluste hinnehmen müssen. Am härtesten waren die Verluste in der Altstadt (- 3,7%-Punkte) und Innenstadt (- 2,6%-Punkte). Die Zunahme in den übrigen 29 Ortsteilen fiel unterschiedlich hoch aus. Der größte Zuwachs erfolgte in Sossenheim (+ 3,8%-Punkte) und Nied (+ 3,7%-Punkte). Ihr bestes Ergebnis verbuchte die CDU erneut in Nieder-Erlenbach mit 43,6%. Schlusslicht bildete diesmal Nordend-Ost und Gutleut-/Bahnhofsviertel mit jeweils 21,7%.

Die SPD hat in 32 der 46 Ortsteile Verluste zwischen - 0,3%-Punkte (Seckbach) und - 3,4%-Punkte (Griesheim) hinnehmen müssen. Sie erzielte ihre größten Zuwächse in der Innenstadt (+ 2,6%-Punkte). Ihr bestes Ergebnis hatte die SPD mit 50,5% im Riederwald, den niedrigsten Anteil brachte Westend-Süd mit 23,3%.

Die Grünen konnten in allen Ortsteilen Zuwächse zwischen + 1,8%-Punkte (Har-

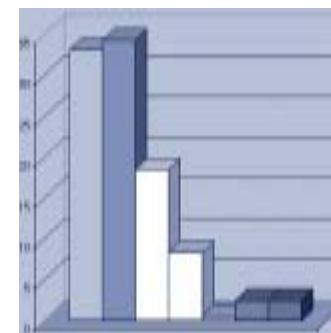


BW 2002 Frankfurt a.M.
Zweitstimmen
Endergebnis
526 Wahlbezirke

- CDU 33,1 % (+0,3%)
- SPD 34,4 % (-1,1%)
- GRÜNE 18,5 % (+4,3%)
- FDP 8,4 % (-0,4%)
- REP 0,6 % (-1,8%)
- PDS 2,5 % (-0,0%)
- Sonstige 2,5 % (-1,4%)

heim) und 6,9%-Punkte (Gutleut-/Bahnhofsviertel) verbuchen. Ihr bestes Ergebnis erzielten sie im Nordend-Ost mit 28,7%; das schlechteste Ergebnis in Zeilsheim (8,4%).

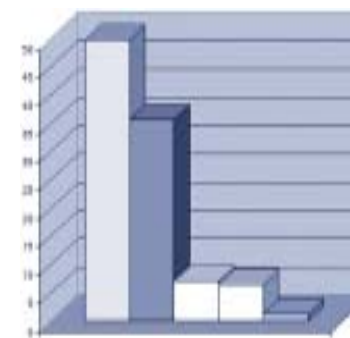
Die FDP konnte ihren größten Gewinn von 1,4% im Riederwald verbuchen. Den größten Verlust musste sie im Westend-Süd (- 3,3%-Punkte) hinnehmen. Dort erzielte sie dennoch ihr bestes Ergebnis mit 14,4%.



Im Gesamtergebnis lagen im Vergleich zu 1998 sowohl CDU als auch SPD unter ihrem erzielten Bundesergebnis, während Grüne und FDP besser als im Bundesdurchschnitt abschnitten. Im Vergleich der Großstädte liegt Frankfurt durchaus im Bundestrend. Die SPD konnte sich in nahezu allen Großstädten, bis auf die bayerischen Städte Nürnberg und München, die Mehrheit der abgegebenen Stimmen sichern. Das höchste Ergebnis konnte die Union überraschenderweise in Nürnberg mit 44,8% erzielen. Die SPD erreichte ihr bestes Ergebnis in Duisburg mit 56,1%.

Riesenhuber gewann kräftig hinzu

Zur Bundestagswahl am 22. September trat für die CDU im neu geschaffenen Bundestagswahlkreis 182 Main-Taun-



Erststimmenergebnisse

BW-Kreis 182
(238 Wahlbezirke)

- Riesenhuber, H. CDU 49,8 % (+ 1,3%)
- Wiesehügel, K. SPD 35,7 % (+ 0,2%)
- Lüthmann, A. GRÜNE 7,1 % (+ 1,2%)
- Krüger, F. FDP 6,4 % (+ 1,9%)
- Marx, St. PDS 1,1 % (+ 0,2%)

us der Ex-Bundesminister und MdB Professor Dr. Heinz Riesenhuber an. Er hatte bis zu dieser Wahl den Frankfurter Westen und den östlichen Rand des Main-Taunus-Kreises im Bundestag vertreten.

Im neuen Wahlkreis hatte Riesenhuber starke Mitbewerber um das Mandat: u.a. Gewerkschaftsführer Klaus Wiesehügel, SPD.

Riesenhuber, nicht allein nur Wahlkreiskandidat, sondern auch Spitzenkandidat der hessischen CDU, fuhr auch dank seines enormen Einsatzes - nicht nur in den letzten zwölf Monaten des Wahlkampfes - ein Spitzenresultat für die CDU ein: Er siegte als Direktkandidat im Wahlkreis mit 49,8 Prozent der Erststimmen. Er erhielt damit 22620 Stimmen mehr als sein Mitbewerber von der SPD.

Auch bei den Zweitstimmen war der CDU-Anteil mit 43,3 Prozent am höchsten. Die CDU erhielt im Wahlkreis 21213 Zweitstimmen mehr als 1998.

Und eines war nach der Stimmenauszählung auch klar: Riesenhuber hatte in allen 15 Städten und Gemeinden seines neuen Wahlkreises bei den Erst- und Zweitstimmen klar gewonnen.

Der Bundestags-Wahlkampf der Frankfurter CDU



↑ Der Römerberg war voll besetzt!
Über 5.000 begeisterte Anhänger bei der Großveranstaltung mit dem Kanzlerkandidaten Dr. Edmund Stoiber am 27.8.2002



↑ v.l.n.r.: Kanzlerkandidat Edmund Stoiber, die Bundestagskandidaten Prof. Dr. Heinz Riesenhuber, Markus Frank und Erika Steinbach auf der Großbühne.



← Einigkeit und Recht und Freiheit: Tausende jubelten bei der Abschlusskundgebung der Frankfurter CDU am 20.9.2002 mit Alt-Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl.



↑ Respektvolle Anerkennung einer Lebensleistung: Die Frankfurter Bundestagskandidaten applaudieren dem Kanzler der Einheit.



→ Bürgernähe: Unsere Kandidaten Markus Frank und Prof. Dr. Heinz Riesenhuber beim Bad in der Menge.



↑ Eine Ära geht zu Ende: Noch einmal Riesenjubiläum für den Altkanzler, der in Frankfurt seine letzte große Wahlkampfkundgebung als gewählter Abgeordneter des Deutschen Bundestages durchführte (v.l.n.r.: Markus Frank, Udo Corts, Prof. Dr. Heinz Riesenhuber, Erika Steinbach, Petra Roth, Alfons Gerling).



↑ Zufriedene Blicke: Der Hessische Ministerpräsident Roland Koch, der Frankfurter CDU-Kreisvorsitzende Udo Corts und die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth bei der Rede des Kanzlerkandidaten (v.l.n.r.).



↑ Unterstützung aus Bayern: Dr. Edmund Stoiber motiviert die Frankfurter Bundestagskandidaten Erika Steinbach MdB und Markus Frank.



↑ Vorstellungsrunde: Die Frankfurter Bundestagskandidaten stellen sich der Senioren-Union Frankfurt vor (v.l.n.r.: Erika Steinbach MdB, die Vorsitzende der Senioren-Union Sieglinde Fedel und Markus Frank).



← Ein etwas anderer Wahlkampfauftakt am 12.8.2002: Der CSU-Generalsekretär Dr. Thomas Goppel bei Hintergrundgesprächen mit Frankfurter Journalisten und dem Gastgeber Udo Corts. Auch die Weißwürste einer Frankfurter Metzgerei in der Fressgass mundeten.

↓ Locker und zuversichtlich: Generalsekretär Michael Boddenberg MdL, Udo Corts und Dr. Helmut Kohl auf der Tribüne.



→ Erika Steinbach MdB begrüßt am zentralen Infostand der Frankfurter CDU eine hochrangige Delegation russischer Wahlkampfbeobachter, die aus Abgeordneten der Duma und Leitern von Wahlkommissionen aus verschiedenen Teilrepubliken der Russischen Föderation



Einer, der stets gerufen wurde

Von Prof. Dr. h.c. Dieter Stolte
Ein Mann der Inhalte, nicht der Gesten - ein Staatsdiener, nicht ein Inszenierer eigener Eitelkeiten. Walter Wallmann feierte seinen 70. Geburtstag mit einem grossen Empfang in der Frankfurter Paulskirche

„Charakter verdirbt die Politik“, so heißt es ebenso oberflächlich wie zynisch, wenn man - in Umkehrung einer angeblich dem Volke vom Maule abgeschauten Beobachtung - zum Ausdruck bringen will, dass es nicht Ideale und Grundsätze sind, die gute Politik hervorbringen, sondern vor allem Schläue und Gerissenheit. Wenn am heutigen Tag für einen Augenblick Walter Wallmann auf die öffentliche Bühne der Frankfurter Paulskirche zurückkehrt, dann haben wir erneut Gelegenheit, einer Politikerpersönlichkeit unseren Respekt zu erweisen, die unserem Lande in einer großen Bandbreite und Gestaltungstiefe gedient hat.

Der im Jahre 1932 in einem kleinen Dorf im Kreis Uelzen am Rande der Lüneburger Heide geborene Walter Wallmann entstammt - wie so viele herausragende Politiker der Nachkriegsgeneration - einfachen Verhältnissen. Als studierter Jurist wurde er in steilem Aufstieg Richter, Oberbürgermeister,



Bundesminister und Ministerpräsident, aber auch Abgeordneter des Landtages wie des Bundestages sowie Parteivorsitzender beziehungsweise Vorstandsmitglied auf verschiedenen Ebenen der CDU. Sieht man vom Richteramt einmal ab - ein Amt, das er stets als Berufung empfunden und das ihn während seiner gesamten politischen Tätigkeit geprägt hat -, so gab es zu keinem Zeitpunkt eine Funktion, die er aus persönlichem Ehrgeiz heraus angestrebt hatte:

Ob 1977 als Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt nach Jahrzehnten sozialdemokratischer Machtausübung, ob 1986 als erster Bundesminister für Umwelt nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl oder 1987 als

Ministerpräsident von Hessen nach einer Dauerkrise und schließlich einem Scheitern der rot-grünen Koalition - Walter Wallmann wurde stets gerufen. Jeder der Rufe erfolgte aus einer Notsituation des Staates beziehungsweise Gemeinwesens oder aus einem Verlangen seiner Partei heraus, immer in dem Bewusstsein, dass, wenn es einer stemmen könne, er es sein würde.

Walter Wallmann hat immer Wert darauf gelegt, als Wertkonservativer angesehen und auch verstanden zu werden. Er sah nie die Notwendigkeit, seine Weltanschauung mit dem schmückenden Beiwort „liberal“ zu versehen, um, für was und bei wem auch immer, besser anzukommen. Anzukommen? Walter Wallmann wollte nicht ankommen, sondern einer Sache dienen, eine Aufgabe lösen oder durch gerechtes Verhalten den Menschen - beispielsweise den Bürgern Frankfurts - nahe sein. Es wäre gewiss ungerecht, die Erfolge Wallmanns in seinen verschiede-

Oberbürgermeisterkandidat Dr. Walter Wallmann mit Bundeskanzler a.D. Ludwig Erhard und der Frankfurter Kreisvorsitzende Prof. Dr. Heinz Riesenhuber 1977 in Frankfurt am Main

Dr. Walter Wallmann als Bundesumweltminister im Bundestagswahlkampf 1987 in Frankfurt am Main

nen Funktionen und Ämtern miteinander zu vergleichen und danach zu fragen, wo er - der unermüdliche Diener des Staates und „Sozialarbeiter“ für das Gemeinwesen - Unsterbliches geleistet hat. Und doch kommt man nicht umhin, vor allem seine Rolle als Frankfurter Oberbürgermeister hervorzuheben - eine Funktion, die er knapp zehn Jahre von 1977 bis 1986 innehatte. Aus einer zuvor für unregierbar gehaltenen Stadt, die bereits drei bedeutende Bürgermeister ausgesagt und in den Seelen hat sterben lassen (Walter Kolb, Willi Brundert und Walter Möller), hat Walter Wallmann wieder eine Metropole geformt: liebenswert für seine Frankfurter, anziehend für die internationale Finanz- und Geschäftswelt, aber vor allem auch behütend für Menschen unterschiedlichen Glaubens, darunter nicht zuletzt jene jüdischer Herkunft.

Frankfurt wurde aber nicht zuletzt auch zu einem kulturellen Anziehungspunkt nach Hilmar Hoffmanns Maxime einer „Kultur für alle“. Der Frankfurter Kulturdezernent

fand als rastloser Visionär einer modernen Stadtkultur in Walter Wallmann einen kongenialen Partner, um aus Frankfurt mit seinem Museumsufer und seinen Theatern - nicht zuletzt mit seiner wieder aufgebauten Alten Oper - eine Stadt der Kultur und des Geistes zu entwerfen, wie sie in ihrer Experimentierfreu-



Oberbürgermeister Dr. Walter Wallmann bei einer Preisverleihung in der Frankfurter Paulskirche.

digkeit und Begeisterungsfähigkeit im Europa jener Jahre nur in Paris ihresgleichen hatte. Gewiss, das alles hat Geld gekostet, kameralistisch gerechnet, vielleicht sogar zu viel Geld. Aber, wo wären unsere Kathedralen, Schlösser und Bürgerpalais, unsere Dorfkirchen und Stadtmuseen, wenn es nicht schon in früheren Jahrhunderten diesen kreativen Wagemut gegeben hätte? Walter Wallmann war ein Politiker, der Deutschland mehr als drei Jahrzehnte gedient und zugleich geprägt hat. Mit großer Nachdenklichkeit und Redlichkeit hat er immer wieder zentrale Themen unserer Zeit aufgegriffen und in Reden dargestellt - Themen wie: der Staat als Friedensordnung; die Stadt als Lebensform; Gesetzesflut und Menschenrechte; Moral und Recht; Soziales und Wirtschaft; Kultur und Politik. Dennoch: Walter Wallmann ist kein Rhetor wie

Demosthenes im alten Griechenland, kein Volkstribun wie Danton in der Französischen Revolution und auch kein Einflüsterer wie Mephisto in Goethes „Faust“. Es ist kein Mann des Gestus, sondern eben ein sachlicher, sachgerechter, auch menschengerechter Jurist und Politiker: klar in den Gedanken, transparent in der Argumentation, unbestechlich in den Schlussfolgerungen. Walter Wallmann hat bereits 1983 in einer viel beachteten Sammlung seiner Reden das Wesentliche seiner Gedanken, seines Welt- und Menschenbildes, unter dem Titel „Der Preis des Fortschritts“ dargelegt. Er hat dort gezeigt, dass Mensch und Gesellschaft nicht nur einen wirtschaftlichen Preis für den Fortschritt bezahlen; er hat vor allem gezeigt, dass mancher Preis - etwa für die Kultur - sich zwar wirtschaftlich nicht rechnet, sich aber menschlich oder gesellschaftlich allemal auszahlt. Jetzt, pünktlich zu seinem 70. Geburtstag, zieht er in seinen soeben erschienenen „Memoiren eines Politischen“ unter dem Titel „Im Licht der Paulskirche“ eine Bilanz seines Lebens. Sie ist getragen von dem Grundgedanken, dass die geistigen Wurzeln seines politischen Handelns letztlich im christlichen Glauben liegen. Seine „Lebensge-



Im Deutschen Bundestag: Der Abgeordnete Dr. Walter Wallmann spricht als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses im Fall Guillaume.

schichte“ widmet er ausdrücklich den „Nachgeborenen“, um weiterzugeben, welche „Bedingungen und Lebensumstände“ seine Generation zu „bewältigen“ hatte. Da sich heute das Gedächtnis der Zeit nicht mehr in Briefen und aufgezeichneten Tischgesprächen dokumentiert, ist diese Zeugenschaft von besonderem Wert. Insbesondere die zahlreichen Kurzporträts (unter anderem Kurt Biedenkopf, Norbert Blüm, Christian Schwarz-Schilling, Lothar Späth und Bernhard Vogel aus der Politik oder Helmut Maucher aus der Wirtschaft), die Wallmann in seinen Lebensbericht einfließen lässt, wird man vor allem dann mit Gewinn lesen, wenn man sein eigenes

Urteilsvermögen überprüfen will - sein eigenes Urteil über jene Menschen, die unsere Zeit ebenso engagiert wie erfolgreich und bei alledem charakterlich integer mitgestaltet haben. Walter Wallmann ist einer von ihnen.

Quelle: Die Welt vom 24.09.2002

Autor: Prof. Dr. h.c. Dieter Stolte, ehemaliger Intendant des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF), ist Herausgeber der Tageszeitungen DIE WELT und BERLINER MORGENPOST.

Der Frankfurter Oberbürgermeister Dr. Walter Wallmann mit Bundeskanzler a.D. Dr. Kurt Georg Kiesinger, CDU-Kreisvorsitzendem Wolfram Brück und Bürgermeister Dr. Hans-Jürgen Moog bei der 40-Jahr-Feier der Frankfurter CDU im Palmgarten



Zum Geburtstag viel Glück...



*Kuchen im Römer:
Oberbürgermeisterin
Petra Roth als Gastgeberin
der Geburtstagsfeier für
Dr. Walter Wallmann am
24.9.2002 im Römer.*



*Blumen dürfen nicht fehlen:
Petra Roth und Stadtverordneten-
vorsteher Karlheinz Bührmann
überreichen einen Blumenstrauß
an Frau Margarethe Wallmann.*



Enge deutsch-israelische Freundschaft: Dr. Walter Wallmann mit seinem Laudator Shlomo Lahat, ehemaliger Oberbürgermeister von Tel Aviv. Mit ihm begründete OB Dr. Wallmann die Städtepartnerschaft zwischen Tel Aviv und Frankfurt am Main.

Die umfangreiche Berichterstattung über den 70. Geburtstag von Walter Wallmann, Frankfurter Oberbürgermeister, Hessischer Ministerpräsident und erster Bundesumweltminister, der am 24. September mit rund 1.500 Gästen bei einem großen Festakt in der Paulskirche gefeiert wurde, haben Sie sicher verfolgt. Pünktlich zu seinem Jubiläum sind seine Memoiren erschienen:

Walter Wallmann, politischer Kopf der Hessischen CDU, Frankfurter Oberbürgermeister, Ministerpräsident und erster Bundesumweltminister Deutschlands, legt zum 70. Geburtstag sein persönliches politisches Erbe vor.

In einer auffallend klaren Sprache erlangt der Leser Einblick in die politischen Erfahrungen eines Mannes, der sich durch Beständigkeit und Festigkeit im Strudel der politischen Ereignisse sichere Antworten auf moralische und gesellschaftliche Fragen unserer Zeit bewahren konnte.

Begegnungen mit Zeitzeugen, Alltagssituationen eines Spitzenpolitikers und private Erlebnisse zeichnen das Porträt eines Menschen, der sich den Dienst am Gemeinwesen zur Lebensaufgabe gemacht hat.

Walter Wallmann
"Im Licht der Paulskirche" –
Memoiren eines Politischen
CH. GOETZ VERLAG,
ISBN: 3-00-009956-5,
Euro 22,90
Bestellhotline des
Ch. Götz Verlages f
ür Lieferung frei Haus:
Tel. 0331/2805242, Fax
0331/2805241



Der CDU-Kreisverband verlost 10 Exemplare der Wallmann-Memoiren. Bitte beantworten Sie folgende Frage: In welchem Jahr wurde Dr. Walter Wallmann zum Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main gewählt? Senden Sie uns eine Postkarte, ein Fax oder eine e-mail mit Ihrer Antwort: CDU-Kreisverband, Eschenheimer Anlage 19, 60318 Frankfurt, Fax 069/15309920, e-mail: cdufrankfurt-main@t-online.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Anschrift und Ihre Telefonnummer anzugeben.

Einsendeschluß ist Montag, der 25. November 2002. Aus den richtigen Einsendungen zieht die Redaktion zehn Gewinner. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Beachtenswertes ehrenamtliches Engagement für die Heimatvertriebenen und Spätaussiedler Bundesverdienstkreuz 1. Klasse für Rudolf Friedrich



Im Rahmen der zentralen Veranstaltung des Bundes der Vertriebenen, Landesverband Hessen, zum "Tag der Heimat" in Wiesbaden überreichte am 21. September der Hessische Ministerpräsident Roland Koch dem Landesbeauftragten der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler und Mitglied des Hessischen Landtags, Rudolf Friedrich aus Frankfurt, das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

"Trotz zahlreicher weiterer ehrenamtlicher Tätigkeiten hat Rudolf Friedrich schon immer die Anliegen der Heimatvertriebenen, der Übersiedler und Aussiedler zu seinem hauptsächlichen Arbeitsfeld gemacht. Er hat sich bei seiner politischen Arbeit, aber auch in allen anderen Bereichen, stets mit großem Engagement für diese Mitbürger eingesetzt und ihnen aktiv und kreativ mit Rat und Tat geholfen." So würdigte Ministerpräsident Koch die herausragenden Leistungen von Rudolf Friedrich für die Heimatvertriebenen. Es sei dann auch eine logische

Folge gewesen, Friedrich zum Landesbeauftragten der Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler zu berufen. Diese ehrenamtliche Funktion sei und von der Landesregierung geschaffen worden, weil für sie die Politik für Heimatvertriebene und Spätaussiedler einen hohen Stellenwert habe, erläuterte Koch.

Seit 1980 bis heute ist Rudolf Friedrich Landesvorsitzender der Union der Vertriebenen, von 1983 bis 1999 war er Vorsitzender des Landtagsunterausschusses für Heimatvertriebene, Aussiedler, Umsiedler und Wiedergutmachung. Das Amt des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung begleitete er von 1983 bis 1997 und war von 1984 bis 1995 Mitglied der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Landesvorsitzender der Ackermann-Gemeinde ist er seit 1985, war von 1986 bis 1995 Bundesvorstandsmitglied der Ackermann-Gemeinde sowie von 1988 bis 1995 Vizepräsident der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Von 1994 bis 1998 gehörte er als Mitglied dem Katholischen Flüchtlingsrat in der Bischofskonfe-



renz an und seit 1995 ist er auch Vizekomtur der Deutsch-Ordens-Komturei "An Rhein und Main". Das Amt des Stellvertretenden Landesvorsitzenden des Bundes der Vertriebenen Hessen hatte er von 1997 bis 2000 inne.

Michael Boddenberg zum Landtagswahlprogramm der SPD "Keine Konzepte, keine Visionen und schon gar keine Alternative!"



Der Generalsekretär der CDU Hessen und Frankfurter Landtagskandidat, Michael Boddenberg, hat das SPD-Programm zur Landtagswahl am 2. Februar 2003 als ein "Dokument von Mittelmaß und Realitätsferne" bezeichnet. "Das Wahlprogramm kann man kurz zusammenfassen: Keine Konzepte, keine Visionen und schon gar keine Alternative", so Boddenberg.

In der Frage der Bildung habe die SPD noch immer nicht die richtigen Konsequenzen aus PISA gezogen. "Ganztagsschule und Vorschule sind keine Allheilmittel. Die Frage der Qualitätsverbesserung muss im Mittelpunkt der Diskussion stehen. Zu mehr Leistung und Wettbewerb hat die SPD nach wie vor ein gestörtes Verhältnis wie die Ablehnung eines Schul-Rankings zeigt", so der CDU-Generalsekretär.

"Auch der angebliche Wahlkampfschlager Ganztagsschule ist eine glatte Bauchlandung für die hessischen Sozialdemokraten geworden. Herr Bökel ist beim Rechtsanspruch auf Ganztagsschule gestartet und beim CDU-Konzept von freiwilligen Ganztagsangeboten - bedarfsorientiert und in Wohnortnähe - gelandet! Im Wahlprogramm redet man nicht mehr allein von Ganztagsschulen, sondern wie die CDU von Ganztagsangeboten. Hier hat die SPD-Führung den Rückzug angetreten. Alle großspurigen Ankündigungen der letzten Wochen der Herren Bökel und Quanz haben sich als falsch und undurchdacht erwiesen."

Als "unerträglich realitätsfremd" bezeichnete Boddenberg die Tatsache, dass "am Vortag des 11. September dieses einschneidenden Datum im kompletten Programm nicht ein einziges Mal erwähnt wird". "Die Sozialdemokraten die Zeichen der Zeit immer noch nicht erkannt haben", so Boddenberg. "Eine Partei, die alle die erfolgreichen Maßnahmen wie Schleierfahndung, Rasterfahndung, Videoüberwachung, Wachdienst sowie den freiwilligen Polizeidienst für überflüssig hält und den Verfassungsschutz selbst nach den Ereignissen vom 11. September 2001 beschneiden will, ist schlicht ein Sicherheitsrisiko für unser Land."

Die SPD-Ankündigung, die Jugendarbeitslosigkeit auf null zu senken, bewerte Boddenberg als "unseriös". "Die Hessen-SPD hat von ihrem Parteivorsitzenden Schröder gelernt: Vor der Wahl viel versprechen und hinterher war das alles nicht so gemeint. Doch nicht nur das Wahlversprechen die Arbeitslosigkeit auf 3,5 Millionen zu senken, hat die SPD gebrochen. Vor allem auch bei der Jugendarbeitslosigkeit hat die SPD versagt: Im August 2002 gibt es 46.000 arbeitslose Jugendliche mehr als im August 1998. Insgesamt sind es derzeit 546.000. Die Menschen haben genug von den gebrochenen Versprechen der Sozialdemokraten."

samt sind es derzeit 546.000. Die Menschen haben genug von den gebrochenen Versprechen der Sozialdemokraten."

OMV informierte über Menschenrechte



"Prima gelaufen!" freute sich der Stadtverordnete Andreas Rust über den erfolgreichen OMV-Informationstand am Tag der Heimat 2002. Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung (OMV)-Frankfurt am Main, deren Kreisvorsitzender Rust ist, nahm mit ihrem Stand an der Ausstellung "Aus der Arbeit der Vertriebenen" teil, die im Vorfeld des Festaktes zum diesjährigen Tag der Heimat des BdV-Frankfurt am Main am 08. September im Haus Ronneburg stattfand. Die OMV informierte dabei vor allem über aktuelle Völker- und Menschenrechtsverletzungen weltweit. Rust lobte nach der Veranstaltung ganz besonders sein fleißiges und bestens geschultes Infostandpersonal: "Ein engagiertes Team für Menschenrechte!", so Rust.

OMV-Informationen unter 069-9720190

In Hessen geht's aufwärts mit einem konsequenten Strafvollzug Gefängnisse sicherer als jemals zuvor, Opposition ohne Alternative!

Der justizvollzugspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Alfons Gerling, hat in Wiesbaden die Erfolge

von Justizminister Christean Wagner im Strafvollzug hervorgehoben und die hessischen Gefängnisse "sicherer als je zuvor" bezeichnet. Endlich werde dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger Rechnung getragen.



Nach der Ansicht Gerlings hat der Justizminister mit seinem Antritt im Jahr 1999 eine "Trendwende in den hessischen Gefängnissen" eingeleitet. "Justizminister Christean Wagner hat Schluss gemacht mit der sicherheitsgefährdenden Ausuferung von Vollzugslockerungen in Hessen", so Gerling. "Unter der rot-grünen Vorgängerregierung war Hessen Spitzenreiter bei der Gewährung von Hafturlaub und auch trauriger Rekordhalter bei Missbräuchen von Vollzugslockerungen. Damit hat Justizminister Wagner Schluss gemacht. Bei Entweichungen aus den Haftanstalten ist Hessen bei einem Rekordtief angelangt, der Missbrauch von Vollzugslockerungen ist um fast 90 Prozent zurückgegangen."

Gerling begrüßte ausdrücklich "die Anstrengungen des Justizministers bei der Resozialisierung". Anhand der landeseinheitlichen Checkliste herrsche sowohl für die Gefangenen als auch für die Bediensteten der Strafvollzugsanstalten Rechtssicherheit hinsichtlich der

Gewährung von Vollzugslockerungen. Die Gefangenen in hessischen Gefängnissen erhielten ein umfangreiches Angebot zur Vorberei-

tung der Haftentlassung.

"Die CDU/FDP-geführte Landesregierung hat sowohl die Sicherheit der Bevölkerung als auch das Wohl und die Resozialisierung der Gefangenen im Auge", so Gerling und verwies auf das neugeschaffene Instrument der Einweisungsabteilung in der JVA Weiterstadt, die "ein Garant für Vollzugsplanung und Resozialisierung von Haftantritt an" darstellt. "Doch im Zweifel hat die Sicherheit der hessischen Bevölkerung Vorrang vor den Vollzugslockerungen von Straftätern", so Gerling abschließend. "In Hessen können sich Kriminelle nicht auf einen kuscheligen Strafvollzug einrichten. Der konsequente Kurs beim Strafvollzug zeigt Wirkung und wird deshalb auch weitergeführt. Christean Wagner ist ein Justizminister, den die Verbrecher fürchten!"

Termine



**31.10.2002
Die Zukunft Frankfurts
20.00 Uhr**

Über die Zukunft der Stadt Frankfurt spricht Planungsdezernent Stadtrat Edwin Schwarz, Keglerheim, Motzstraße. Eine Veranstaltung des CDU-Stadtbezirksverbandes Riederwald.

02.11.2002 "Jetzt reicht: Der Mittelstand steht auf" Einladung zum Mittelstandskongress der CDU-Hessen 10-13:00 Uhr



Die katastrophale Situation des Mittelstands und die sich daraus ergebenden politischen Handlungsnotwendigkeiten stehen im Mittelpunkt dieses Kongresses.

Hauptredner der Veranstaltung sind der hessische Ministerpräsident Roland Koch und Arbeitgeberpräsident Dr. Dieter Hundt. Moderation: Bernd Heller, Fernsehjournalist.

Mehr Infos unter www.cdu-hessen.de.

Die CDU Hessen lädt Sie herzlich zu diesem Ereignis ein. Der Kongress findet statt im Marriott Hotel, Hamburger Allee 2-10 (gegenüber Messeturm) in Frankfurt am Main statt.

Anmeldung bis 30.10.2002 per Fax 0611-1665440 oder e-mail: info@cduhessen.de

Die CDU-Fraktion informiert:

Uwe Becker: Erinnern und nach vorne schauen CDU-Fraktionschef für dauerhaftes Begehen des 11. September als Tag der deutsch-amerikanischen Freundschaft



Neben dem Erinnern an die schrecklichen und menschenverachtenden Terroranschläge bietet der 11. September die Gelegenheit, die vielfach in Deutschland nach den Anschlägen gezeigte Solidarität und Anteilnahme mit den Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Ausdruck der Freundschaft und Verbundenheit mit den USA zu verbinden. "Nach dem 11. September 2001 haben zahlreiche Menschen, Vereine und Institutionen in persönlichen Mitleidsbekundungen und Kondolenz, aber auch in Aktionen wie Schweigemärschen oder Gedenkveranstaltungen ihre Anteilnahme mit den Opfern und Angehörigen der Terroranschläge zum Ausdruck gebracht und ihre Solidarität mit dem US-amerikanischen

Volk deutlich gemacht", so Becker. Ganze Schulklassen in Deutschland haben in Bildern und Briefen an US-Behörden und das Generalkonsulat ihre Trauer und ihr Mitgefühl ausgedrückt. Privatpersonen und Vereine haben Gelder für die Angehörigen der Opfer gesammelt. Delegationen von Angehörigen wurden in den zurückliegenden Monaten zu Besuchen nach Deutschland eingeladen. Der 11. September sollte daher dauerhaft ein Tag des Erinnerns aber gerade auch des nach vorne Schauens in den besonderen deutsch-amerikanischen Beziehungen sein. "Freundschaft und Solidarität, Friendship and Solidarity, sollten neben dem Erinnern den Inhalt dieses Tages bestimmen", so Becker. Becker erinnert gleichzeitig daran, dass die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung vor der Sommerpause den von der CDU eingebrachten Antrag zur Errichtung einer Gedenktafel für die Opfer des 11. September beschlossen hat. Gerade Frankfurt besitze aus Sicht Beckers "besondere, historisch gewachsene freundschaftliche Beziehungen zu den USA, die auch durch einen derartigen Tag weiter untermauert werden könnten." Es müsse dazu auch

kein formeller Gedenktag geschaffen werden, sondern es sollte "durch unterschiedlichste deutsch-amerikanische Aktivitäten das Gedenken, die Freundschaft und die Solidarität" dauerhaft zum

getragen, der die Idee positiv aufgenommen. O'Donnell, hier im Bild mit Fraktionschef Uwe Becker beim amerikanischen Unabhängigkeitstag am 4. Juli, übernahm im August ein Verbindungsbüro des Außen-



Ausdruck gebracht werden. Mit Blick auf die vielfach in Deutschland vertretenen US-Firmen und ihre Beschäftigten, die in zahlreichen deutschen Gemeinden stationierten US-Militär- und Regierungsangehörigen und die hier privat lebenden US-Amerikaner bieten sich aus Sicht Beckers die unterschiedlichsten Möglichkeiten "auch für deutschlandweite Aktionen" an einem derartigen Tag. Seine Idee hatte Becker auch im Rahmen eines Abschiedsbesuches beim bisherigen Generalkonsul der Vereinigten Staaten in Frankfurt Edward B. O'Donnell vor-

ministeriums beim Kongress der Vereinigten Staaten. Den symbolischen Schlüssel zum künftigen Generalkonsulat der USA in Frankfurt hatte Generalkonsul O'Donnell am Unabhängigkeitstag von Stadtkämmerer Hemzal überreicht bekommen. Die Amerikaner werden im Jahr 2004 ihr bisheriges Domizil in der Siesmayerstraße im Westend aufgeben und ihre neuen Räumlichkeiten in den historischen Mauern des früheren General Hospitals an der Gießener Straße beziehen. Frankfurt ist Sitz des größten Generalkonsulates der USA weltweit.

08.11.2002
Einladung zu einer öffentlichen Bezirkskonferenz des CDU-Bezirksverbandes Untermain
18.00 Uhr



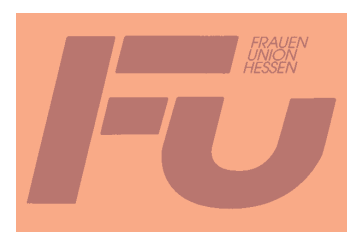
Thema: „OlympJa 2012 – noch 154 Tage bis zur Entscheidung“
Eröffnung: Prof. Dr. Heinz Riesenhuber MdB und CDU-Bezirksvorsitzender
Teilnehmer: Oberbürgermeisterin Petra Roth, Cornelia Hanisch, Olympiabotschafterin und Olympiasiegerin, Heinz-Jürgen Weiss, Geschäftsführer der Frankfurt RheinMain 2012 GmbH, Martin Gerhardt, Sportpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Römer
Moderation: Udo Corts, Staatssekretär im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport, CDU-Kreisvorsitzender
Ort: Turnhalle Bornheim 1860 e.V., Berger Straße 294 / Falltorstraße 15, Frankfurt am Main

25.11.2002
Auswirkungen der PISA-Studie
19.00 Uhr
Zu diesem Thema spricht Christel Herren, Lehrerin und Mitglied des ACDL Hessen, Rathaus-Römer, Raum 350, Bethmannstraße 3. Eine Veranstaltung des FrauenUnion-Arbeitskreises "Frauen in Familie und Beruf".

26.11.2002
Privatisierung des Strafvollzugs
18.00 Uhr
Zu diesem Thema spricht der Hessische Minister der Justiz, Dr. Christean Wagner, im Diakonissenhaus, Eschersheimer Landstraße 122. Eine gemeinsame Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises und des Arbeitskreises Juristen in der CDU Frankfurt.

29.11.2002
18:00 Uhr
Kreisparteitag der Frankfurter CDU im Bürgerhaus Griesheim (Saalbau), Auftakt zum Landtagswahlkampf 2003

14.12.2002
10-13:00 Uhr
Konferenz der CDU Hessen mit dem Thema
"Innere Sicherheit"
unter Leitung von Ministerpräsident Roland Koch im Dorint-Hotel am Main-Taunus-Zentrum, 65843 Sulzbach, Am Main-Taunus-Zentrum 1



28.10.2002
Karriere oder Familie?
19.00 Uhr
Dazu spricht Nathalie Stoll, die ihre Arbeit im französischen Senat kündigte, um in Frankfurt eine Familie zu gründen, Rathaus-Römer, Raum 348, Bethmannstraße 3. Eine Veranstaltung des FrauenUnion-Arbeitskreises "Frauen in Familie und Beruf".

11.11.2002
Frauen-Union besucht Wertpapierbörse
12.00 Uhr



Einführung in die Welt der Wertpapiere mit anschließendem Besuch des Börsensaals.
Bitte Anmeldung bis 31.10.2002 bei Dagmar Hielscher, Tel. 06109/33711. Eine Veranstaltung der Frauen-Union.

10.12.2002
Frauen-Union besucht Hessischen Landtag
14.30 Uhr



Nach einer Live-Übertragung aus dem Plenarsaal besteht die Möglichkeit zum Gespräch mit Heide Degen MdL, Gudrun Osterburg MdL sowie dem Landtagskandidaten im Wahlkreis 35, Stadtrat Ulrich Caspar. Im Anschluss findet eine Schlossführung durch das sehenswerte Landtagsgebäude statt - bis ca. 17.00 Uhr.
Treffpunkt ist im Hessischen Landtag um 14.30 Uhr, Schlossplatz 1-3/Eingang Grabenstraße in Wiesbaden.
Anmeldungen bei Katja Vogel (06101-42659) oder Sabine Ackermann (06109-32923).



Veranstaltung der Senioren-Union:
05.11.2002
15:00 Uhr
Haus Ronneburg
Thema: "Das Römerbündnis", Referent: Stadtrat Ulrich Caspar

03.12.2002
15:00 Uhr
Haus Ronneburg
Veranstaltung der Senioren-Union, vorweihnachtlicher Nachmittag mit Pfarrer Klaus Greef und dem "Frankfurter Musik-Ensemble" unter der Leitung von Helmut Schilling



Dr. Theo Waigel:
„Deutschlands Wiedervereinigung ist und bleibt das Symbol des Endes der europäischen Nachkriegsgeschichte“

Am Vorabend des Tages der deutschen Einheit eröffnete Bundesfinanzminister a.D. Dr. Theo Waigel die Vortragsreihe "Reden an die deutsche Nation". Die Gedenkveranstaltung des Magistrats ging auf eine Initiative der CDU-Fraktion zurück, die an die historische Leistung der damaligen Bundesregierung, den entscheidenden Beitrag der Bürgerrechtsbewegung und die positive Rolle westlicher Verbündeter bzw. osteuropäischer Nachbarn erinnern wollte. Unter Federführung von Dr. Bernd Heidenreich wurde im Frühjahr diesen Jahres ein Positionspapier erarbeitet, um mit Freude und Dankbarkeit an den Glücksfall der Deutschen Einheit zu erinnern. "Deutsche Einheit und europäische Einigung sind zwei Seiten einer Medaille", sagte Dr. Heidenreich. Die Wiedervereinigung Deutschlands habe maßgeblich dazu beigetragen, die Grenzen zwischen

den europäischen Staaten durchlässiger zu machen und Europa zusammenzuführen. Und die Paulskirche sei in historischer Betrachtung das Symbol für die Einheit der Nation, für Freiheit und Demokratie.

Auch der ehemalige Bundesfinanzminister Dr. Waigel stellte fest, dass "das geeinte Deutschland fest in die europäische Union und die Gemeinschaft der westlichen Demokratien eingebettet ist". Die Wiedervereinigung

↑ *Die gut gefüllte Paulskirche am Vorabend des Tages der deutschen Einheit*

schaffe die Grundlage dafür, dass die Menschen ungeachtet ihrer historischen Verantwortung wieder ein norma-



↑ *Oberbürgermeisterin Petra Roth mit dem Gastredner Bundesfinanzminister a.D. Dr. Theo Waigel*

← *CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Becker mit Dr. Theo Waigel und der Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach*

les, ein geläutertes Nationalbewusstsein demonstrieren können. "Wir sind ein Mitglied der westlichen Völkerfamilie mit allen Rechten und Pflichten".

Der CDU-AK Gesundheit vor Ort

Der Arbeitskreis Gesundheit der CDU-Fraktion nahm die Tatsache, dass in den pflegeintensiven Bereichen partiell ein Mangel an Pflegekräften in den Frankfurter Kliniken zu verzeichnen ist, zum Anlass, um sich vor Ort zu informieren. In einem Gespräch bei den Städtischen Kliniken in Höchst mit dem ärztlichen Direktor Prof. Dr. Christian Trendelenburg, dem Verwaltungsdirektor Uwe Reichle und dem Pflegedienstleiter Ulrich Tschierschke konnten viele Aspekte besprochen werden. Gerade der Bereich der Geriatrie war dabei ein besonderer Schwerpunkt. Das Klinikum in Höchst übernimmt dabei als erstes Klinikum mit geriatrischer Tagesklinik eine Vorreiterrolle. Die geriatrische Vollversorgung ist in der Abteilung Innere Medizin untergebracht. Ziel ist eine stufenweise Verselbständigung der Geriatrie zu einer normalen Krankenstation. Die im Zuge der Bettenbedarfsplanung des Hessischen Sozialministeriums mit Wirkung vom 01.01.2001 vorgenommene Kürzung der vollstationären geriatrischen Betten von vor-



her 62 auf 60 und der vorher 56 Plätze der Geriatrischen Tagesklinik auf 24 hat bisher aus Sicht der Städtischen Kliniken keine negativen Auswirkungen für die geriatrische Versorgung in Frankfurt.

Eine Umfrage in den Frankfurter Krankenhäusern hat ergeben, dass der Mangel im Pflegebereich nicht an einzelnen Kliniken gegeben ist, sondern in den pflegeintensiven Bereichen und Fachbereichen (zum Beispiel Intensiv- und OP-Pflege, Geriatrie,) deutlich wird. Die Pflegedienste leisten laut Tschierschke in Höchst hervorragende Arbeit. Unter schwersten psychischen Bedingungen werde ein hoher Anspruch an Körper und Seele gestellt. Die

↑ *Von links nach rechts: Prof. Dr. Christian Trendelenburg, ärztlicher Direktor und Ulrich Tschierschke, Pflegedienstleiter Städtische Kliniken steigern. "Wir müssen den jungen Menschen wieder vermitteln, dass ihre Arbeit sinnvoll ist und gebraucht wird".*

Machen Sie mit - Spenden Sie Blut!

Ohne Blutspenden könnten zahlreiche Operationen nicht durchgeführt werden, die Gesundheitsversorgung wäre nicht mehr gewährleistet. In Deutschland werden täglich 15.000 Spender benötigt. Gerade in Ballungsräumen - und insbesondere in den Sommermonaten - reicht das Spenderaufkommen bei weitem nicht aus. Deshalb haben Mitglieder der CDU-Fraktion Frankfurt am Main die Initiative ergriffen und sind mit gutem Beispiel vor-



↑ *Von links nach rechts: Margrit Weißbach, gesundheitspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Uwe Reichle, Verwaltungsdirektor Städtische Kliniken*

gesundheitspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Margrit Weißbach sprach sich für detaillierte innerbetriebliche Konzepte aus, um die Attraktivität des Pflegeberufes zu



Die Städtischen Kliniken Frankfurt am Main verfügen über 1.100 Betten, rund 250 Ärztinnen und Ärzte, mehr als 1000 Krankenschwestern und Krankenpfleger, außerdem zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus über einem Dutzend anderer Berufsgruppen, die sich um Diagnose und Therapie der Patientinnen und Patienten bemühen. In den Städtischen Kliniken Frankfurt am Main - Höchst werden jährlich ca. 34.000 Patientinnen und Patienten stationär behandelt, etwa 20.000 Operationen durchgeführt und rund 26.000 Patientinnen und Patienten ambulant versorgt. Die Städtischen Kliniken Frankfurt am Main - Höchst verfügen gleichfalls über einen Standort für einen Notarztwagen, einen Babynotarztwagen und einen Hubschrauberlandeplatz für Rettungseinsätze.

Städtische Kliniken
 Frankfurt a.M. - Höchst
 Gotenstraße 6-8
 65929 Frankfurt a.M.
 Tel.: (069) 3106-0
 Fax: (069) 3106-3030

angegangen. Prinzessin von Hannover, Frau Weißbach und Herr Becker spendeten Anfang August beim Blutspendedienst Hessen des DRK den "kostbaren Lebenssaft".

PISA und die Folgen

Hella Welker, CDU-Stadtverordnete und Vorsitzende des CDU-Schularbeitskreises hatte am 22. August in Frankfurt den PISA-Experten Andreas Lenz, Referatsleiter im Hessischen Kultusministerium eingeladen. Dieser stellte in seinem Vortrag die Auswertung der PISA-Studie sowie die ersten Schlussfolgerungen vor.



Andreas Lenz, Referatsleiter im Hessischen Kultusministerium

Die Ergebnisse der internationalen Vergleichsstudie PISA sind niederschmetternd: Im Teilbereich Lesekompetenz erreichten die deutschen Schülerinnen und Schüler Platz 22, im Teilbereich Mathematik Platz 21 und in den Naturwissenschaften ebenfalls Platz 21. Hätte es sich bei der Studie um einen weltweiten Vergleich gehandelt, sähen diese Platzierungen vielleicht erträglich aus, aber bei einem rein europäischen Vergleich unter insgesamt 32 teilnehmenden Staaten ist das Ergebnis wirklich erschreckend: Deutsche Schüler sind nur noch Mittelmaß - das ganze Bildungssystem verdient schlechte Noten. Laut Lenz weisen einige der deutschen PISA-Ergebnisse weit über die Bildungspolitik hinaus und "offenbaren die ganze Breite der Dekultivierung in Familie und Gesellschaft". Weitere Untersuchungen zeigten deutliche "Indizien für Erziehungsnotstände", die nicht durch poli-

tisches Handeln beseitigt werden können, sondern nur durch eine "Klimaänderung". "Für die erkennen wir aber keine Anzeichen, weil die geistig-moralische Wende bekanntlich ausgeblieben ist", sagte Lenz.

Die PISA-Studie zeige auch, dass "die soziale Integration von Kindern mit Migrationshintergrund oder aus sozial schwachen Schichten in der gesamten Bundesrepublik nicht gelungen sei". Die Abhängigkeit der Lesekompetenz von der sozialen Herkunft sei deutlich erkennbar. "Es kann uns nicht zufrieden stellen, wenn die mittlere Lesekompetenz 15jähriger aus der Arbeiterschicht mit jenen aus oberen und unteren Dienstklassen um 100 Punkte differiert", sagte Lenz.

Welche bildungspolitischen Konsequenzen wurden bislang gezogen? Zum ersten Mal seit rund 30 Jahren gibt es beginnend mit dem 2. Halbjahreszeugnis der Klasse 2 in der Grundschule wieder eine verbindliche Leistungsbenotung in den bekannten Benotungsstufen. Erstmals seit Jahrzehnten gibt es in Hessen schulförmgerechte Lehrpläne für Hauptschule, Realschule und Gymnasium bis zur Klasse 10. Bis zu Beginn des nächsten Schuljahres wird auch die Lehrplanarbeit für die gymnasiale Oberstufe abgeschlossen

PISA steht für **Program for International Students Assessment**.

Sie ist eine Vergleichsstudie, die unter der Obhut der OECD (= Organization for Economic Cooperation and Development) in 32 Staaten durchgeführt wurde. Die Tests wurden im Mai 2000 durchgeführt. Im Dezember 2001 wurden die wissenschaftlich ausgewerteten Ergebnisse veröffentlicht. In Hessen haben sich für den internationalen Teil 13 Schulen mit 329 Schülerinnen und Schülern beteiligt.

sein. "Die Oberstufenpläne sind dabei so angelegt, dass sie auch dann angewandt werden können, wenn das Zentralabitur eingeführt wird", so Lenz. Abschließend betonte der Referatsleiter im Kultusministerium, dass zu der politischen Anstrengung auch "ein geistiges Klima dazugehört, in dem Erziehung als selbstverständliche Aufgabe der Familien sowie Leistungen in der Schule als etwas Selbstverständliches gesehen werden".

Sind Sympathiewerte wichtiger als Sachkompetenz?



von Alexander Zell

Seit geraumer Zeit haben sich die Bedingungen der politischen Kommunikation in Deutschland nachhaltig

geändert. In den letzten Jahren hat sich die "Kommunikations-Qualität" zunehmend und in raschem Tempo neu gestaltet:

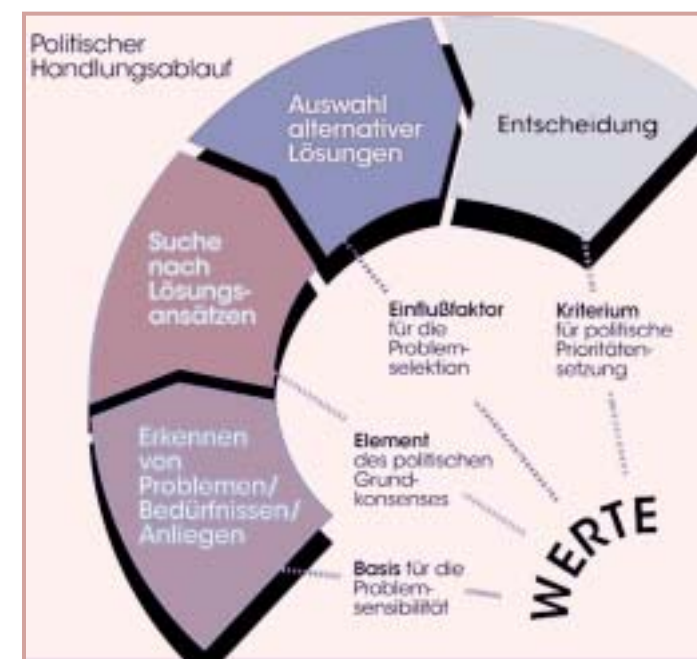
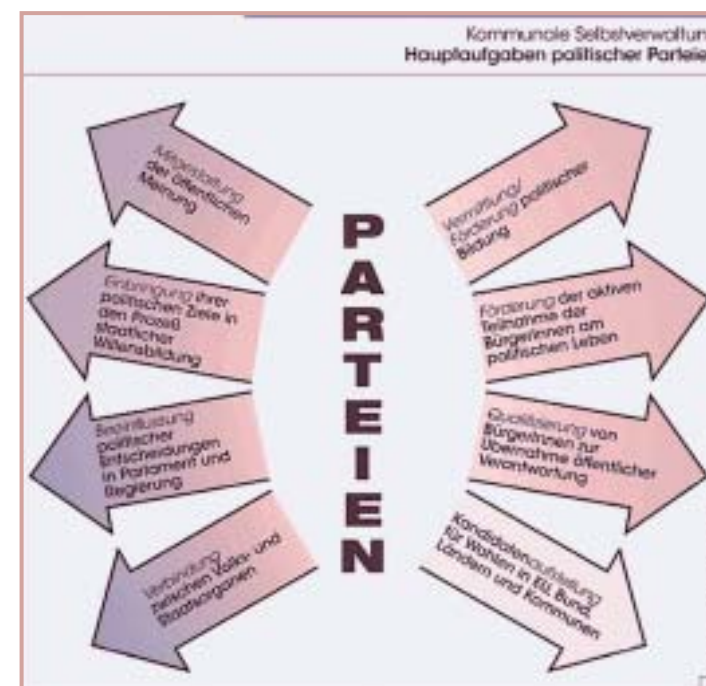
→ Politische (Außen-)Darstellung hat sich zunehmend von Sachfragen zu Personenfragen gewandelt.

→ Politische Zieldefinitionen werden nicht mehr vorwiegend (allein) von den großen Repräsentanten getroffen, sondern von einer Vielzahl an Akteuren.

Die Kommunikation hat sich von der Darstellung der offiziellen Politik zu einem Beteiligungs-, Einbeziehungs- und Dialogsystem gewandelt.

Es geht hier nicht darum, diese Veränderungen zu beklagen, gar Instrumente erfinden zu wollen, ihnen entgegenzusteuern. Gesellschaftliche Entwicklungen lassen sich nicht auf kommunaler Ebene stoppen. Im Gegenteil. Die Kommunen sind die bürgernäheste Einheit. Hier findet traditionell die ursprünglichste aller politischen Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern einerseits und "Stadt" als verfasster Gemeinschaft andererseits statt.

Das Politikverständnis in der öffentlichen Wahrnehmung hat sich zunehmend auf Personen verlagert. Es geht immer weniger um "Positionen der Bundesregie-



rung", sondern um die Position, die Gerhard Schröder oder Edmund Stoiber vertreten; sie vertreten Positionen nicht nur, sie verkörpern sie. Dazu der Geschäftsführer des Meinungsforschungsinstituts Emnid Klaus-Peter Schöppner: "Weil Inhalte immer uninteressanter werden, steigt die Bedeutung von Personen: 75 Prozent politisch desinteressierte Wähler verankern Inhalte mit Personen: Image, Charme und Populismus schlagen Arbeit, Kompetenz und Wissen" (FOCUS 39/2002).

Politik hat sich aus der bloßen Sachlösungskompetenz entfernt und der Imagepflege der Akteure, einer Vielzahl von Akteuren zugewandt. Sie muss sich aber dennoch ihre Fähigkeiten bewahren, jenseits von gesellschaftlichen Entwicklungen und Medientrends die Gemeinschaft zu gestalten.

Es wird für die Kommunalpolitik darauf ankommen, → die neuen gesellschaftlichen Trends einer Zunahme der kommunikativen Mitspieler offensiv aufzunehmen,

→ den neuen Stil der "sprachlichen Kommunikation" zu berücksichtigen, ohne seine spaß-orientierte Ausrichtung zu übernehmen und in die sog. "Spontaneität" der Jugend-Sprache zu verfallen,

→ die argumentative und

sachorientierte Darstellung des kommunalen Diskurses zu bewahren und

→ vor allem aber, die Einheitlichkeit des kommunikativen Auftritts der Stadt als Ganzes zu bewahren.

Bei allen Mode-Trends der Kommunikation und jenseits aller Lust an sprachlichen Ergüssen und Veralberungen bleibt eines sicher: die Bürgerinnen und Bürger lieben amüsante Flapsigkeit. Viel mehr aber wünschen sie sich Verlässlichkeit und Sicherheit. Und so sehr sie sich einen unterhaltsamen Volksvertreter, eine animierte lokalpolitische Auseinandersetzung mit Unterhaltungswert wünschen, so sehr wünschen sie sich eine "seriöse" Entscheidung und sachorientierte Politik. Die Bürgerinnen und Bürger ergötzen sich gerne am Theater, das ihnen die Politiker bieten, letztlich aber wollen sie Ergebnisse in der Sache.

Landeselternbeiratswahl im Juni 2003

CDU sucht Delegierte für Wahl zum Elternbeirat: "Helfen Sie mit, die Zukunftschancen unserer Kinder zu verbessern!"

"Seit vielen Jahren ist es uns ein besonderes Anliegen, dass bei den Landeselternbeiratswahlen Eltern gewählt

werden, die sich für Qualität und Verlässlichkeit an unseren Schulen einsetzen", sagte Hella Welker, schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion. Rot-Grün in Hessen habe bis 1999 genau diese Anliegen sträflich vernachlässigt. Unterrichtsausfall, Lehrermangel und Qualitätsabbau waren die Kennzeichen einer verfehlten Bildungspolitik. "Roland Koch und die CDU Hessen haben das Ruder herumgerissen". Die Hessische Landesregierung habe seit Beginn der Legislaturperiode der Bildungspolitik höchste Priorität eingeräumt mit dem Ziel, die Zukunftschancen unserer Kinder und Jugendlichen zu verbessern. Auch in den nächsten Jahren sei die Verbesserung der Qualität an den Schulen das Kernanliegen der CDU Hessen.

Bei Interesse wenden Sie sich bitte an Frau Hella Welker (Tel. und Fax: 069 - 582357)

"Stadt und Kirche in einer pluralistischen Gesellschaft"

Veranstaltung mit der CDU-Stadtverordneten Hella Welker und der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth im August 2002

Zur Veranstaltung mit Oberbürgermeisterin Petra Roth konnte die EAK-Vorsitzende und CDU-Stadtverordnete Hella Welker, Pfarrer Bernd Laukel, Leiter des Frankfurter Diakonissenhauses und Bernd Klinzing, Vorsitzender der Regionalversammlung der ev. Kirchen in Frankfurt am Main begrüßen.

Oberbürgermeisterin Roth, selbst EAK Mitglied, ging in ihrem Referat zunächst auf die Entwicklung der konfessionellen Bindung der Frankfurter Bevölkerung ein. Im Hinblick auf die erheblich gesunkenen Mitgliederzahlen, die bei der ev. Kirche wesentlich größer ist als bei der katholischen,

sprach sie der Kirche ihre Achtung für ihre Bemühungen aus, die sich daraus auch ergebenden finanziellen Probleme selbst dann zu lösen, wenn sie auch für ihre verbliebenen Mitglieder sehr schmerzhaft sind.

Vom Mittelalter, als die Kirchen Zentren christlichen Lebens waren, bis zu unserer digitalen Gesprächsführung spann sich der Bogen, über den die Referentin sprach. Dabei wurden keine Probleme der Großstadt Frankfurt ausgenommen, aber auch aufgezeigt, wo christliche Politik, die nicht auf eine Partei beschränkt ist, wirkt (Beispiel: Erbpacht für Familien). Das Motto Friedrich des Großen "Jeder darf nach seiner Façon selig werden" sei Grundlage für das nicht "multikulturelle" sondern multikonfessionelle Zusammenleben der Frankfurter, die etwa 150 verschiedenen Nationen angehören, ein Wertefundament, das 1949 Aufnahme in das Grundgesetz fand: "Die Würde des Menschen ist unantastbar."

Die CDU sei eine Christliche Partei, die das "C" in ihrem Namen nicht aufgeben darf, aber für Menschen, die keiner christlichen Partei angehören, offen sein sollte. Und so sollten auch die Christen sich bekennen und aktiv sein, trotz aller Schwierigkeiten über die oft geringen Erfolge nicht resignieren, sondern sich fragen: Wo wären wir, wenn wir nichts getan hätten?

Die Aufgabe der Politik dabei sei es, Existenzsicherung, Liberalität, und Toleranz zu ermöglichen.

Die Zuhörer erlebten eine Oberbürgermeisterin, die die Aufgaben ihres Amtes schilderte und sich den Zuhörern als Mitmensch öffnete. Eine weit gespannte Diskussion schloss sich den Ausführungen der Oberbürgermeisterin an.

Pressearbeit der Fraktion

26.08.2002 / 095

Prinzessin von Hannover: Nordhoff soll Schuld an Defizit bei sich selbst suchen

CDU-Fraktion bewertet Schuldzuweisungen des Kulturdezernenten an die Intendanten als durchsichtig. Sparvorschläge sind nicht neu.



„Nachdem der Kämmerer mit einer erneuten Haushaltssperre droht, kommt Dr. Nordhoff auf einmal mit seinem sogenannten Spar-konzept wie Phönix aus der Asche“, kommentierte die kulturpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Alexandra Prinzessin von Hannover die Vorschläge von Stadtrat Nordhoff.

Nach 1.447 Tagen im Amt sei er nun endlich durch eine drohende Haushaltssperre aufgeschreckt worden und habe „eilig ein paar Ideen aufgeschrieben“. Wie er selbst in einem Brief an die Oberbürgermeisterin mitgeteilt hat, haben ein Großteil seiner Vorschläge schon „seit Monaten auf der Tagesordnung der Reformkommission“ gestanden. „Dass er dann auch noch darauf hinweist, dass mit einer Haushaltssperre diejenigen bestraft werden, die

ordentlich gewirtschaftet haben, ist dann der Gipfel“, sagte Prinzessin von Hannover. Gerade sein Defizit habe dazu beigetragen, dass diese einschneidende Maßnahme nötig geworden ist.

Die CDU werde die verschiedenen Positionen des Sparansatzes prüfen, soweit nicht schon bekannt. „Natürlich wollen und werden wir Herrn Dr. Nordhoff Unterstützung zukommen lassen“, sagte Prinzessin von Hannover. Auch der CDU-Fraktion sei ein ausgeglichener Haushalt bei den Städtischen Bühnen wichtig. „Wenn er allerdings nur, wie er selbst sagt, zur Linderung der finanziellen Misere beitragen will, ist das für uns zu wenig. Da muss schon mehr aus dem Kulturdezernat kommen“. Die bis zu 80 prozentige Einsparung beim Ballett jetzt anzukündigen sei zum Beispiel völlig unverständlich, zumal der Dezernent bereits vor der Sommerpause den Auftrag erhalten habe, mit William Forsythes über die Möglichkeiten eines Verbleibs in Frankfurt zu verhandeln.

Gerade bei den Städtischen Bühnen komme es seit Jahren zu erheblichen Mehrausgaben in Millionenhöhe. Allein für das Jahr 2002 hat sich das Defizit nach eigenen Angaben Nordhoffs auf 3,2 Millionen EURO angehäuft. Summiert man allerdings die Korrektur der Einnahmeansätze im Schauspiel (ca. 2,2 Mio. EURO), die Abfindung des Intendanten Dr. Martin Steinhoff (ca. 1 Mio. EURO) und die Konsolidierungsmaßnahmen (1 Mio. EURO) kommt man auf eine Gesamtsumme von 4,2 Mio. EURO.

„Es liegt also auf der Hand, dass er seine Verantwortung nicht wahrgenommen hat“. Diese politische Verantwortung nun auf die Intendanten alleine abwälzen zu wollen, sei „durchsichtig“. Es ist bekannt, dass die Theaterleitungen seit Anfang des Jahres ver-

stärkt um eine Klärung der finanziellen Situation der Bühnen bemüht gewesen sind. Sie bekräftigten immer wieder ihre Bemühungen gegenüber dem Dezernenten. „Dass die Intendanten zur Erfüllung ihrer Aufgaben eine mittelfristige Planungssicherheit haben müssen, ist verständlich und richtig“, sagte Prinzessin von Hannover. Bereits im November letzten Jahres sei Nordhoff von seinen Intendanten mehrmals darauf aufmerksam gemacht worden, dass der Gesamtzuschuss für das Haushaltsjahr 2002 in Höhe von rund 68,2 Millionen EURO nicht ausreichen wird, um den Spielbetrieb aufrechtzuerhalten. „Auch die Defizitentwicklung in den Jahren 2000 von ca. 13,4 Mill. DM und 2001 von 22 Mio. DM konnten Herrn Dr. Nordhoff nicht wachrütteln“. Auch die Bitte der Intendanten vom Januar diesen Jahres, die bestehende Unterdeckung von rund 2,2 Mill. EURO auf Dezernentenebene zu klären, verhallte ungehört, obwohl zugesagt und bis heute nicht aufgehoben.

„Das alles gipfelte darin, dass die Intendanten Anfang Mai eine Mehrkostenvorlage in Höhe der jetzt publizierten 3,2 Mill. EURO vorgelegt haben und Herr Dr. Nordhoff es bis jetzt nicht für nötig befunden hat, diese im Magistrat einzubringen“. Stattdessen habe er wohlwissend über die Hinweise seiner Intendanten hinweg seinerseits eine Haushaltssperre auf Personalausgaben und Sachausgaben aller Sparten erlassen. Effizienter wäre es gewesen, Gespräche mit den Intendanten zu führen, um strukturelle Vorgaben bei der Gestaltung der Spielpläne zu erarbeiten. Gerade aufgrund der Tatsache, dass die Intendanten bei der Realisierung einen Vorlauf von durchschnittlich zwei Jahren benötigen.

„Die jetzige Haushaltssperre des Kämmerers zu kritisieren ist unlogisch und nicht zu akzeptieren“, schloss Prinzessin von Hannover.

21.08.2002 / 093

von Hannover: Dr. Nordhoff - es reicht!

Geduld der CDU-Fraktion erschöpft

Die kulturpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Prinzessin Alexandra von Hannover hat den Kulturdezernenten Dr. Hans Bernhard Nordhoff davor gewarnt, „dieselben Fehler wie im letzten Jahr zu machen“. Presseberichten zufolge überziehe Nordhoff ebenso wie 2001 seine Ausgaben um mehrere Millionen.

Im Frühling diesen Jahres habe man in der Stadtverordnetenversammlung eine nachträgliche Aufstockung des Budgets der städtischen Bühnen für das Jahr 2001 noch mitgetragen. Ob das allerdings angesichts der dramatisch verschlechterten Einnahmesituation der Stadt Frankfurt auch im Jahr 2002 noch realisiert werden könne, bezweifelte von Hannover. In der Stadtverordnetenversammlung habe die CDU bereits im Dezember letzten Jahres einen Antrag gestellt, wonach ein Wirtschaftsplan für die Städtischen Bühnen aufgestellt und dieser in den vorgegebenen Finanzrahmen eingepasst werden solle. Das habe man im Kulturdezernat wohl offensichtlich ignoriert. „Alle Hinweise, sei es von der Oberbürgermeisterin oder der Stadtverordnetenversammlung, werden missachtet“, stellte von Hannover fest. So komme Nordhoff weder seiner Berichtspflicht nach, noch habe er seine Mehrkostenanforderungen vorgelegt.

27.09.2002 / 112

Seubert und Haindl: Stiftungen als Zeichen des freien Bürgerwillens weiter fördern



CDU-Fraktion will mehr private Stifter und Mäzene als bisher gewinnen, die ihren schöpferischen und materiellen Beitrag zur zukunftsfähigen Gestaltung des Gemeinwesens leisten

„Stiftungen stärken die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft“, setzt sich der CDU-Stadtverordnete Walter Seubert das Ziel, private Stiftungskultur zu fördern und anzuregen. Ein solches ehrenamtlichen Engagement von Bürgern oder Institutionen mit ihrem eigenen Vermögen könne nicht hoch genug eingeschätzt werden. „Seit über 1000 Jahren leisten Stiftungen einen bedeutenden Beitrag für das Wohlergehen der Menschen. Bis heute sind Stiftungen ein unverzichtbares Element unserer freiheitlichen und demokratischen Bürgergesellschaft“, sagte Seubert.

Die CDU habe deshalb eine Anfrage an den Magistrat gestellt und will wissen, wie er seine Tätigkeit im Bereich des Stiftungswezens weiter verbessern und bürgernaher gestalten könne. Als Vorschlag nannte Seubert beispielsweise einen feierlichen Ehrenabend für Stiftungsgründer und Interessierte sowie eine

eigenen Internetauftritt im Rahmen der städtischen Homepage, auf der die Stiftungsarbeit einem größeren Interessenskreis vorgestellt wird. Auch durch eine eigene Stiftungsmedaille könne zusätzlich eine „Kultur der Anerkennung“ gefördert werden“.



„Private Stiftungen erbringen viele Leistungen für die Öffentlichkeit“, ergänzte die CDU-Sprecherin im Kulturausschuss Elisabeth Haindl. Stiftungen und Stifter seien nämlich auch „Anstifter, das heißt Ideengeber, die ihre sozialen, kulturellen oder auch wissenschaftlichen Vorstellungen in die Gesellschaft einbringen“. Viele kulturelle und insbesondere auch soziale Initiativen und Leistungen, die über die Fähigkeit der Stadt hinausgehen, würden ohne Stiftungen nicht ergriffen.

„Die Bürgergesellschaft bringt somit in den nachhaltig ausgerichteten Zwecksetzungen vieler Stifter den Willen zur Mitverantwortung für die Zukunftsgesellschaft zum Ausdruck“, fassten die beiden CDU-Politiker zusammen.

19.07.2002 / 075

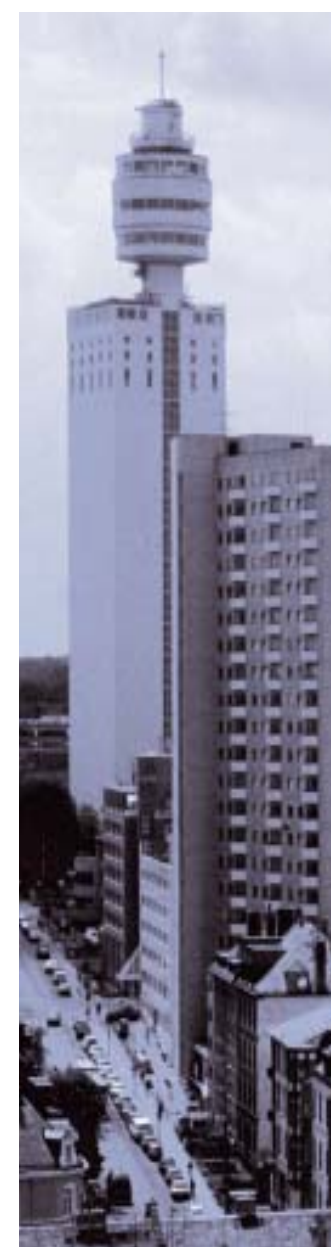
Heumann: Wir wollen den Henninger Turm erhalten!

CDU-Fraktion betont hohen Symbol- und Identifikationswert

In einem Antrag fordert der CDU-Sprecher im Pla-



nungsausschuss Jochem Heumann den Magistrat auf, dafür Sorge zu tragen, dass der Henninger Turm erhalten bleibt. Das betreffe auch die gastronomischen Einrichtungen auf der Turmspitze. „Es ist ein Indiz für die Bedeutung und die Popularität dieses Bauwerks, wenn das wichtigste deutsche Eintagesrennen im Radsport danach benannt ist“, verdeutlichte Heumann den hohen Symbol-



und Identifikationswert für bzw. mit der Stadt Frankfurt am Main. Der Henninger Turm sei zugleich Denkmal und Landmark zugleich und stehe für die lange Brautradition in Frankfurt, insbesondere am Sachsenhäuser Berg.

Presseberichten zufolge gebe es derzeit Spekulationen, dass der gegenwärtige Grundstückseigentümer beabsichtige, den Henninger Turm abzureißen. Die Pachtverträge mit dem Pächterehepaar der Restaurants seien nicht verlängert worden. Weiterhin gäbe es Vermutungen, wonach der jetzige Eigentümer die Nutzungsmöglichkeiten des Henninger-Geländes ändern wolle. Dieses befinde sich derzeit in der Industriekarte der Stadt Frankfurt.

„Der Magistrat muss bei den Verhandlungen mit dem Grundstückseigentümer darauf hinwirken, dass der Henninger Turm einschließlich der gastronomischen Einrichtungen auf Dauer erhalten bleibt“, sagte Heumann.

18.09.2002 / 106

Uwe Becker: Ja zur Änderung der hessischen Landesverfassung

CDU-Fraktion weist Kritik an der Verfassungsänderung zurück und sagt dreimal ja

„Wir sagen ja zu besseren Arbeitsmöglichkeiten für das Parlament“, kommentierte Becker die Äußerungen des DGB-Vorsitzenden Rhein-Main Harald Fiedler. Presseberichten zufolge hatte Fiedler behauptet, dass die Hessen ein Fünftel ihrer demokratischen Rechte verlören, wenn sie den Hessischen Landtag künftig für fünf statt für vier Jahre wählen würden. Der Frankfurter DGB-Vorsitzende sollte sich „zunächst fachlich informieren, bevor er unqualifizierte Bewertungen abgibt oder sich stärker auf gewerkschaftliche Themen konzentrieren“, sagte Becker.



Sports für das Gemeinwohl, die Arbeit der Sportverbände und die Leistungen des Ehrenamtes im Sport gewürdigt. "Land und Kommunen werden verpflichtet, den Sport zu schützen und zu pflegen". Konflikte mit dem ebenso in der Verfassung verankerten Staatsziel Umweltschutz sieht Becker als lösbar. "Mit dieser Verfassungsänderung wird der Sport dem Umweltschutz gleichgestellt und nicht über ihn gestellt". Der Breitensport leiste mit seinen 2,1 Millionen Bürger-



Ja zur Verlängerung der Wahlperiode

Der CDU-Politiker erklärte, dass Gesetzesvorhaben immer komplexer und die demokratische Beteiligung und Mitsprache von Betroffenen und Sachverständigen immer mehr ausgeweitet würden. Das führe dazu, dass insgesamt mehr Zeit benötigt wird. "Wie auch die hessischen Kommunen und Landkreise soll auch das Land eine fünfjährige Wahlperiode erhalten", verwies Becker auf die bewährte Praxis unterhalb der Landesebene. Auch in mittlerweile elf anderen Bundesländern hätten sich die Bürgerinnen und Bürger für eine Verlängerung der Wahlperiode entschieden, weil dadurch die Effizienz der landespolitischen Arbeit erhöht wird.

Ja zum Sport als Staatsziel

Auch an die Frankfurter Grünen appellierte Becker, "nicht zum Verhinderer moderner Landesverfassungen zu werden". Die Grünen sind gegen die Aufnahme des Sports als Staatsziel. Durch die Aufnahme des Sports in die Hessische Verfassung werde die Bedeutung des

rinnen und Bürgern, die Mitglied des Landessportbundes sind, einen großen Beitrag zur Lebensqualität in Hessen. Hier gelinge die Integration von Ausländern wie in kaum einem anderen Bereich.

Ja zum Konnexitätsprinzip

Konnexität heißt: Derjenige Gesetzgeber, der den Städten, Gemeinden und Kreisen kostenträchtige Aufgaben überträgt, muss auch für deren Finanzierung gerade stehen ("Wer bestellt, muss auch bezahlen"). Die Übertragung kostenträchtiger Aufgaben von Bund und Ländern auf die Kommunen ohne finanziellen Ausgleich

sei eine wichtige Ursache für die finanziellen Schwierigkeiten vieler Städte, Gemeinden und Kreise, so Becker. Dies habe auch zur Konsequenz, dass die Kommunen deshalb auf freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben verzichten müssen, weil sie diese nicht mehr finanzieren können. Das beeinträchtigt die kommunale Selbstverwaltung. "Die Berücksichtigung des Konnexitätsprinzips ist deshalb eine Chance, die Städte, Gemeinden und Kreise als unterste Ebene unseres Staates in ihrer Eigenverantwortung gemäß dem Subsidiaritätsprinzip zu stärken".

Becker zeigte sich nach der Entscheidung der Volksabstimmung am 23. September sehr zufrieden. "Ich bin über das klare Votum froh und danke allen Wählerinnen und Wählern für diese strategisch richtige Entscheidung."



13.08.2002 / 084

Birkenfeld: Kultusministerin erfüllt Unterrichtsgarantie an Frankfurter Schulen

Lob der CDU-Fraktion für zusätzliche Lehrerstellen in Frankfurt

Die schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Prof. Dr. Daniela Birkenfeld sprach von einem "Kraftakt der Hessischen Landesregierung, die es geschafft hat, die Unterrichtsgarantie zu erfüllen". Presseberichten zufolge könne der Stundenplan zu Beginn des neuen Schuljahres vollständig abgedeckt werden, obwohl es noch offene Stellen gibt, "an deren Besetzung fieberhaft gearbeitet wird".



Ins- gesamt habe sich die Situation an Frankfurter Schulen in den letzten drei Jahren permanent verbessert. "Der Schuldenberg an Fehlstunden wurde abgetragen", sagte Birkenfeld. Der Mix aus Sprachförderung von ausländischen Kindern, Poolstellen und mobiler Lehrfeuerwehr zeige, dass zusätzliche Lehrerstellen in einem Umfang geschaffen wurden, der bisweilen sogar über die Unterrichtsgarantie hinausreiche.

Engpässe gebe es noch dort, wo zwar Stellen vorhanden sind, geeignetes Personal aber fehle. "Aber auch hier bin ich zuversichtlich, dass wir durch eingehende Studienbe-

ratung und Werbung in den benachbarten Bundesländern das Problem lösen werden", weist Birkenfeld auf die Bemühungen in Wiesbaden hin.

Die vielbemühnte PISA-Studie habe eines ganz deutlich gemacht: Es besteht ein signifikanter Zusammenhang zwischen den gehaltenen Unterrichtsstunden und der Kompetenz von Schülerinnen und Schülern. Auch der Ländervergleich habe gezeigt, "wie wichtig eine ausgezeichnete Unterrichtsabdeckung ist, um breite Bildungserfolge auch langfristig zu sichern. Mit den neuen Lehrplänen für die Mittelstufe, der Oberstufenreform und den verbesserten Bildungsstandards für die Klasse 4 habe man das Renngauto Bildung entscheidend weiterentwickelt. "Ich bin zuversichtlich, dass die Landesregierung die 1999 begonnene Aufholjagd erfolgreich fortsetzen kann und schon in wenigen Jahren um den Sieg in der Länderwertung mitfahren kann".

15.08.2002 / 086

Bernd Heidenreich: Bessere Verteilung der vorgesehenen Unterbringungsplätze für Spätaussiedler in Frankfurt



Eine gerechtere Verteilung der Unterbringungsplätze für die der Stadt Frankfurt vom Land zugewiesenen Spätaussiedler auf die einzel-

nen Stadtteile forderte der Stadtverordnete und Ginnheimer CDU-Vorsitzende Bernd Heidenreich.

"Es darf nicht sein, dass der kleine Stadtteil Ginnheim die Hauptlasten der Integration trägt. Die Aufnahme der deutschen Spätaussiedler ist eine nationale Gemeinschaftsaufgabe, die in Frankfurt nicht einfach auf die Ginnheimer abgewälzt werden darf", erklärte Heidenreich. Eine Magistratsvorlage von Sozialdezernent Franz Frey nenne für die Aufnahme und Unterbringung von Spätaussiedlern an den verschiedenen Standorten in Frankfurt jeweils 20 bis 50 Plätze. In einer derartigen Größenordnung sei "Integration vor Ort" auch in Ginnheim leistbar. Für den Standort Reichelstraße 42-46 im Stadtteil Ginnheim seien jedoch 120 Plätze vorgesehen. "Eine so große Zahl von Neubürgern aus Osteuropa würde erhebliche Integrationsprobleme in dem kleinen Stadtteil aufwerfen", sagte Heidenreich.

Das gelte um so mehr, als Ginnheim im Zuge der Belegung der ehemaligen amerikanischen Siedlungen (Housing Areas) bereits in der Vergangenheit eine erhebliche Integrationsleistung erbracht habe. "Damit ist das Ende der Fahnenstange für Ginnheim erreicht", erklärte der CDU-Stadtverordnete.

Heidenreich kündigte eine parlamentarische Initiative der CDU-Fraktion an, die eine gerechtere Verteilung der Spätaussiedler im Frankfurter Stadtgebiet sicherstellen soll.

20.06.2002 / 067

Welker: Situation an Gesamtschulen nicht überbewerten

CDU-Fraktion warnt vor übereiltem Handeln und stellt alternativen Blickwinkel dar

Die schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion



Hella Welker hat pauschale Forderungen nach mehr Plätzen in Gesamtschulen zurückgewiesen. Presseberichten zufolge hatte der Sprecher der Frankfurter Gesamtschulen Klaus Teichler den Zustand fehlender Schulplätze als unerträglich bezeichnet.

"Hier liegt eine eindeutige Angebotsverzerrung vor, die zum Teil künstlich geschaffen wurde", sagte Welker. Im neuen Schuljahr gäbe es Gesamtschulen, die statt der vorgesehenen 25 Kinder lediglich 20 aufnehmen. Es gäbe in Frankfurt Gesamtschulen, die in einem besonderen Auswahl- und Prüfverfahren die von der Schule gewünschten Schülerinnen und Schüler herausfiltern, obwohl bis vor einiger Zeit die Gesamtschulen selbst diese Vorgehensweise noch energisch abgelehnt haben.

Welker sah auch noch einen weiteren Aspekt unberücksichtigt. "Anders als im übrigen Hessen werden an Frankfurter Grundschulen keine Empfehlungen für weitergehende Schulformen ausgesprochen", erklärte Welker. Die Eltern seien deshalb oft ratlos, welche Schulform für ihr Kind die ideale ist. Alle Schülerinnen und Schüler sollten die Möglichkeit haben, die für sie am besten geeignete Schule zu besuchen. Dazu gehörten auch die "klassischen" Schulformen wie Haupt- und Realschule sowie das Gymnasium.

Zu prüfen sei allerdings, ob stadtweit genügend Plätze für Frankfurter Schülerinnen und Schüler vorhanden sind. "Diese Zahlen hat das

staatliche Schulamt zu ermitteln und dem Hessischen Kultusministerium mitzuteilen." Zwischen dem Schuldezernat und dem staatlichen Schulamt gäbe es nämlich erhebliche Differenzen. Ohne einheitliche Zahlenbasis seien "alle Analysen lediglich Kafesatzleserei".

"Wir wollen keine erneute ideologische Diskussion über die verschiedenen Schulformen", warnte Welker. Dass einige Schulen besonders intensiv nachgefragt werden, läge oft an der Qualität der Lehrer und der speziellen Lernsituation der Schule und nicht unbedingt ausschließlich an der Schulform. So gäbe es auch an einigen Frankfurter Gymnasien Engpässe, weil sie einen allseits bekannten guten Ruf haben. Welker lehnte einen generellen Ausbau der Plätze an Gesamtschulen ab und schlug stattdessen vor, die Schülerinnen und Schüler ihren Eignungen entsprechend auf die bestehende Schullandschaft zu verteilen.

12.09.2002 / 104

Becker: SPD gibt Identifikation mit Frankfurt auf

CDU-Fraktion warnt SPD vor Ausstieg aus Olympia

"Die Strategie der SPD mit dem angedrohten Ausstieg aus Olympia ist so offensichtlich, dass sich die Genossen damit selbst ein Armutszeugnis ausstellen", beurteilte der CDU Fraktionsvorsitzende Uwe Becker den Antrag der SPD-Fraktion. In diesem spricht die SPD der Stadt Frankfurt die Fähigkeit ab, notwendige Finanzmittel für die Austragung der Olympischen Spiele zu garantieren. "Selbstverständlich wird sich das Land nach dem nationalen Zuschlag im kommenden Frühjahr stärker in der Finanzierung der dann folgenden internationalen Bewerbung engagieren müssen", ist Becker überzeugt. Auch der Bund sei dann in der Pflicht, den einzigen deutschen



Bewerber finanziell zu unterstützen.

“Wir können allerdings nicht sagen: Ja, wir wollen diese Spiele, aber an den Kosten beteiligen wir uns nicht.“ Ohnehin übersehe die SPD völlig, dass im Rückfluss der Investitionen über den Verkauf der Senderechte etc. die hohen Einnahmen den Großteil der Ausgaben wieder einspielen, wenn nicht sogar deutlich übersteigen werden, wie dies in den Berechnungen bisher angenommen wird. Es sei ein “durchsichtiges Manöver”, wenn die SPD als erste Reaktion auf den Genehmigungserlass aus

Wiesbaden nicht die eigenen Hausaufgaben - etwa im Sozialbereich - macht, sondern mit Blick auf Bundestags- und Landtagswahlkampf den Finger nach Wiesbaden streckt. Nur wer überzeugend eigene Ideen auf den Tisch legt, werde auch von der Region und dem Land in den notwendigen Diskussionen zum regionalen Lastenausgleich ernst genommen.

“Wir müssen in der Finanzierung der umfangreichen Aufgaben die die Stadt Frankfurt auch für die Region wahrnimmt, schnell zu regionalen Lösungen kommen, da die Stadt sonst endgültig unter



der Last dieser Aufgaben zusammenbricht. Wie erreichen dies jedoch nicht durch eine finanzpolitische Geisterfahrt, sondern in einer verantwortungsvollen Diskussion über die ausgleichende Lenkung der Finanzströme in der Region”, so Becker.

“Sobald am Horizont erste Anzeichen von Schwierigkeiten auftauchen, tauchen die Sozialdemokraten ab“. Die SPD mache sich mit ihrem angedrohten Ausstieg aus der Olympiabewerbung genauso unglaublich wie mit dem Ausstieg aus dem Flughafen ausbau, so Becker. “Die Sozialdemokraten verabschieden sich von Integrität und Kompetenz“.

Der opportunistische Gedanke des Antrages zeige sich dadurch, dass er nur einstimmig im Bündnis beschlossen werden könne. Die CDU werde in keinen Ausschüssen zustimmen, d.h. endgültig werde über ihn also erst bei den Haushaltsberatungen entschieden. “Dieser Termin liegt aber erst nach den Bundestagswahlen“, machte Becker auf die zeitliche Abfolge aufmerksam. Das zeige, dass es der SPD nicht um die Sache, sondern nur um die werbeintensive Platzierung in der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes gehe. “Ein billiges Manöver, das von der Bevölkerung klar erkannt und verurteilt wird“.

“Von einem verzweifelten Hilfeschrei kann hier doch wirklich nicht die Rede sein“, kommentierte Becker die Aussage der SPD-Fraktionsvorsitzenden Barbara Heymann. Der Antrag sei vielmehr dazu da, “im Lager der unentschlossenen Wähler zu fischen“.

Die Sozialdemokraten wollten vielmehr ihr SPD-Klientel vor einschneidenden Einsparungen schützen. “Wir müssen den ersten Schritt vor dem zweiten machen“, forderte Becker und blickte damit auf den Sozial- und Kulturbereich, in dem es erhebliche Optimierungspotenziale gebe.

Die SPD verkenne offensichtlich die Bedeutung der Olympischen Spiele für die Region. “Alle Bekenntnisse für Olympia waren offensichtlich nur Lippenbekenntnisse“, sagte Becker. Die strategische Weitsicht gehe den Sozialdemokraten aufgrund ideologischer Einnebelungen ab. Als Wirtschaftsmotor werden alle Menschen in der Rhein-Main-Region mittel- und langfristig gerade auch von den zu schaffenden Infrastruktureinrichtungen und den zusätzlichen Verkehrswegen profitieren, ganz abgesehen von der emotionalen Motivation, die mit der Ausrichtung verbunden sei. “Die CDU wird auch weiterhin die Zukunft Frankfurts und der gesamten Region gestalten und sich davon auch nicht von einigen Irrläufern aufhalten lassen“.

07.08.2002 / 079

Krauß und Siegler: Verzichtet der Sozialdezernent aus Trägheit auf Millionen-Forderung?



Mit großer Verwunderung haben die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Frankfurt am Main, Hilde Krauß, und der jugendpolitische Sprecher Stephan Siegler der Zeitung entnommen, dass das Sozial- und Jugendamt Frankfurt am Main darauf verzichtet, Vätern, die ihren Unterhaltspflichten nicht nachkommen,

mit strafrechtlichen Mitteln zur Zahlung zu zwingen. Zur Begründung wird der Datenschutz bemüht.

Krauß und Siegler: “Wir fordern den Sozialdezernenten Franz Frey hiermit auf, das Sozialamt anzuweisen, diese unverantwortliche Vorgehensweise unverzüglich abzustellen, und alles in seiner Macht stehende zu unternehmen, um säumige Väter dazu zu veranlassen, ihren Verpflichtungen nachzukommen!“

Die CDU-Sozialpolitiker weisen daraufhin, dass nicht allein die schlechte Haushaltslage der Stadt ein solches Laissez-faire-Verhalten verbiete, sondern dass durch diese Praxis den betroffenen Müttern und Kindern Schaden zugefügt werde. Die Unterhaltsvorschusszahlungen der Stadt entsprächen in der Höhe nicht immer den tatsächlichen Unterhaltsansprüchen gegenüber den Vätern, dadurch könne den Familien ein finanzieller Nachteil entstehen und zum anderen würden die Kinder ohne Not zu Kunden des Sozialamtes. “Auf wen nimmt das Frankfurter Sozialamt mehr Rücksicht? Auf die



zahlungsunwilligen Väter oder auf die Frauen mit den Kindern?“ fragt Krauß.

Im übrigen dränge sich der Eindruck auf, dass der Datenschutz, wie so oft, als Erklärung herhalten müsse, wenn notwendige Maßnahmen nicht ergriffen werden, sei es aus Unvermögen oder aus Unlust. Das Beispiel anderer Kommunen und Kreise,

die mit Erfolg bei zahlungsunwilligen Vätern eintreiben lassen, zeige deutlich genug, dass mit Energie und Nachdruck Wege gefunden werden, auch bei Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorgaben zum Ziel zu kommen.



07.06.2002 / 063

Becker: SPD verliert wirtschaftspolitische Glaubwürdigkeit

CDU-Fraktion kritisiert Anti-Flughafenantrag von SPD, Grünen und FAG

Der CDU-Vorsitzende Uwe Becker kritisierte mit deutlichen Worten die Entscheidung der SPD, gegen den Flughafen ausbau zu klagen. “Die gemeinsame Unterschrift unter den Antrag mit den Grünen und der FAG ist ein symbolhafter Schulterchluss mit erklärten Ausbaugesegnern“, sagte Becker. Am 06. Juni hatten SPD, die Grünen und die FAG im Umweltausschuss einem Antrag zugestimmt, in dem der Magistrat aufgefordert wird, die zulässigen Rechtsbehelfe (Widerspruch bzw. Klage) gegen die Ausbauarvariante Nordbahn einzulegen (NR 639).

“Da der Flughafen den wirtschaftlichen Motor für

die Region und insbesondere für die Stadt Frankfurt darstellt, ist ein “Anti-Flughafenantrag” generell ein wirtschaftsfeindlicher Antrag“, machte Becker die Zusammenhänge deutlich. Durch dieses Beispiel verliere die SPD auch über das Flug-

hafenthema hinaus an wirtschaftspolitischer Glaubwürdigkeit. “Wer sich so kurzzeitig verhält, läuft Gefahr, auch in anderen Wirtschaftsfragen nicht mehr als kompetenter Ansprechpartner ernst genommen zu werden“.

“Die SPD verletzt hier ganz klar Interessen der Frankfurter Bürger“, stellt Becker außerdem fest. Immerhin kämen mit mehr als 2000 Beschäftigten ca. 15% aller Beschäftigten der Fraport AG aus Frankfurt. Ohne den notwendigen Ausbau des Flughafens seien diese Arbeitsplätze auf längere Sicht mehr als gefährdet.

Noch deutlicher werde die Farce, wenn man sich vor Augen führt, dass der Antrag gegen die Zukunftsfähigkeit des “eigenen Unternehmens” sei, spielte Becker auf die 20% Anteile an der Fraport AG an, die die Stadt Frankfurt über die Stadtwerke hält. Damit arbeite die

SPD auf eine Verödung der Flughafenlandschaft in Frankfurt hin.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende appellierte an die Verantwortung der SPD gegenüber der Stadt Frankfurt und rief zur sachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema

auf. “Der Flughafen ausbau darf nicht in Frage gestellt werden. Wir müssen die Zukunft des Flughafens und damit auch der Stadt Frankfurt vernünftig gestalten. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern schuldig“.

11.09.2002 / 102

Becker: Zeit des Taktierens vorbei - Schuldzuweisungen bringen nichts

CDU-Fraktion will parteipolitischen Schlagabtausch verhindern und fordert überparteiliche Herangehensweise an die notwendigen Themen

Der CDU-Fraktionsvorsitzende hat die Bündnispartner zu Sachlichkeit und Selbstdisziplin aufgefordert. “Was nutzen uns die Vorwürfe, der Ministererlass sei parteipolitisch gefärbt. Viel wichtiger ist doch jetzt, alle - und ich meine alle - Sachthemen auf den Tisch zu legen und

gemeinsam eine sinnvolle Lösung zu finden", kommentierte Becker Presseberichte.

Von einer "parteipolitischen Einseitigkeit" könne keine Rede sein. Der Landesregierung jetzt die mitentscheidende Verantwortung zuschieben zu wollen, sei zwar in Zeiten des Vorwahlkampfes für die Landtagswahl 2003 verständlich, aber nicht zielführend und müsse deshalb unterlassen werden.

"Es darf keinen parteipolitischen Streit ums Sparen geben", forderte Becker. Die CDU-Fraktion werde nicht zulassen, dass parteipolitisch gefärbte Begünstigungen geschützt werden. Das gilt für alle Dezernate. "Wir werden über Projekte im Planungsdezernat genauso offen reden wie über Themen des Sozialhaushalts."

Die Frankfurter Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht eine sachbezogene und ernsthafte Debatte und kein parteipolitisches Taktieren. Nur so könne man auch Verständnis für die notwendigen Einschnitte in das Leistungsspektrum der Stadt erwarten."

Verwundert zeigte sich Becker über die Reaktion des FDP-Fraktionsvorsitzenden Volker Stein. Dieser hatte CDU, SPD und Grünen vorgeworfen, in früheren Jahren bei höherem Gewerbesteueraufkommen keine Vorsorge getroffen zu haben. "Das ist schon frech, hatte die FDP doch noch im Herbst 2000 gegen die Stimmen der CDU in einem gemeinsamen Antrag mit SPD und GRÜNEN zum "Frankfurter Frühling" gefordert, die Mehreinnahmen der Gewerbesteuer für sieben konkrete Projekte in Millionenhöhe auszugeben und nicht anzusparen. (NR 1254 vom 03.11.2000)

11.06.2002 / 064

Birkenfeld: Qualität des Hochbegabtenzentrums sichern

CDU-Fraktion fordert Kriterienkatalog und Prioritätenliste



Die schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Prof. Dr. Daniela Birkenfeld kritisierte die Vergabepaxis der Angebote des Hochbegab-

nach dem Motto "Wer zuerst kommt, mahlt zuerst" verfahren werden. Deshalb habe man auch im Schulausschuss auf Kenntnissnahme als Zwischenbericht votiert.

Die CDU fordere vielmehr einen qualitativen Kriterienkatalog, anhand dessen dann entschieden werden kann, welche Kinder und Jugendliche die Angebote für Hochbegabte in Anspruch nehmen können.

So könnten beispielsweise qualitative Tests von niedergelassenen Psychologen oder der Universität Marburg zu zielgerichteten Ergebnissen führen. Denkbar sei aber auch eine Empfehlung der von den Kindern und Jugendlichen besuchten Frankfurter Schule. Letzteres könne gleichzeitig die gewünschte Verzahnung des Hochbegabtenzentrums mit den Frankfurter Schulen verstärken. "Die Schuldezernentin muss den Stadtverordneten end-



tenzentrums durch das Schuldezernat. Nach einem Magistratsbericht (B 392) werden keinerlei Nachweise über das Vorliegen einer Hochbegabung verlangt. "Wir wollen keine zweite Volksschule für alle, sondern ein Zentrum für hochbegabte Schüler und Schülerinnen", forderte Birkenfeld. Es dürfe auch nicht

lich ein sachlich fundiertes und zielgerichtetes Konzept vorlegen. Die Zeit für Testläufe ist abgelaufen", machte Birkenfeld die CDU-Position deutlich. Für das Problem, dass aufgrund von personellen und finanziellen Kapazitätsengpässen nicht mehr als 500 Teilnehmerplätze bereit gestellt werden und

damit die Nachfrage das Angebot übersteigt, habe es bislang noch keine vernünftige Lösung gegeben. "Dass es um den Frankfurter Haushalt nicht gut bestellt ist und dass wir auch die Kapazitäten in den nächsten Jahren voraussichtlich nicht signifikant erhöhen können, ist uns allen klar", sagte Birkenfeld. Mit der Vogel-Strauß-Strategie komme man aber nicht auf Dauer weiter. "Jetzt gilt es, den Kopf aus dem Sand zu ziehen, nachzudenken und zu handeln".

Die hochbegabten Kinder aus Frankfurt müssten bei der Vergabe der Plätze bevorzugt behandelt werden. Es könne nicht sein, dass Frankfurter Schüler und Schülerinnen nicht an diesem Frankfurter Projekt teilnehmen können nur, weil Anmeldungen aus dem Umland früher vorgelegen haben. "Wer das Angebot macht, hat auch die Verantwortung, über die Vergabe sachgerecht zu entscheiden".

10.09.2002 / 101

Becker: Kommunalaufsicht gibt klare Vorgaben

CDU-Fraktion sieht sich in den eigenen Vorschlägen bestätigt und begrüßt die deutliche Sprache des hessischen Innenministeriums. "Jetzt gibt es keine Tabus mehr - das müssen nun auch alle Dezernenten begreifen"

"Struktureller Handlungsspielraum für die Gestaltung des Frankfurter Haushalts ist trotz strenger Auflagen immer noch gegeben", stellte der CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Becker nach Veröffentlichung des Genehmigungserlasses fest.

Dabei fänden sich unter den Auflagen des Innenministeriums zahlreiche Vorschläge, die bereits "von der CDU-Fraktion auf den Tisch gelegt worden sind". So habe bereits im Frühling diesen Jahres die CDU gefordert, die Personalausgaben zusätzlich zu den zu erwirtschaftenden

Tarifsteigerungen um 0,5 % zu reduzieren. "Die Zielvorgabe für 2002 werden wir nun über den gesamten Konsolidierungszeitraum beibehalten", so Becker. Als ein weiteres Beispiel führte der CDU-Fraktionsvorsitzende den geforderten Strategiewechsel im Zuschussbereich an. "Wir wollten damals bereits eine Kursänderung hin zu klaren Budgets, einer kritischeren Bewertung der Qualität der Leistungsempfänger und den flächendeckenden Abschluss von nachprüfbareren Leistungsvereinbarungen. Wir werden dies nun deutlich forcieren müssen. Am Ende werden wir wohl bei Einsparungen in einer Größenordnung von 20 % im Zuschussbereich liegen, die jedoch durch eine klare Schwerpunktsetzung und nicht durch den Rasenmäher erreicht werden sollen", so Becker weiter.

Der CDU sei klar gewesen, dass die Gebühren bei Abfallentsorgung und den Fried-

höfen nicht kostendeckend gewesen seien. "Wir werden nun zeitnäher die Gebühren an die Kosten anzupassen haben", sagte Becker. Das treffe folgerichtig auch auf die Kindergärten und Kindertagesstätten zu, bei denen ein höherer Kostendeckungsgrad durch eine "sozial vertretbare Anhebung" der Gebühren zu erzielen ist.

Auch die Anteile an der Frankfurter Siedlungsgesellschaft müssen nun verkauft werden. "Ich hoffe, dass diejenigen, die immer gerufen haben: aber nur, wenn die gewonnenen Mittel in den Wohnungsbau fließen, sich nun endlich eines Besseren belehren lassen", sagte Becker. Es wäre "irrsinnig, ca. 50 Mio. Euro nicht zur Verringerung von Schulden des Vermögenshaushaltes einzusetzen". An dieser Stelle drücke sich der hessische Innenminister auch sehr klar und unmissverständlich aus. "Da gibt es keine Interpretations-



möglichkeiten", stellte Becker fest.

"Eine stärkere Berücksichtigung der sparkassenrechtlichen Rahmenbedingungen" mahnte Becker bei den Forderungen zum Verkauf der Anteile der Stadt Frankfurt an der Frankfurter Sparkasse an. Derartige, längerfristig angelegten Überlegungen seien nur im Rahmen einer abgestimmten strategischen Ausrichtung im Zusammenspiel mit allen Beteiligten zielführend. Dabei spielten auch die derzeitigen Diskussionen über einen möglichen Zusammenschluss von Frankfurter Sparkasse und Nassauischer Sparkasse eine Rolle.

Die Ausführungen des Innenministers zur Kultur wertete Becker als Bestätigung des dort aktuell eingeschlagenen Konsolidierungsweges.

"Die geforderten Einschnitte sind nur bei einer Reduzierung der Sparten in der beabsichtigten Weise möglich. Auch die Grünen werden sich nun beim TAT bewegen müssen."

04.07.2002 / 069

Heuser: SPD verliert beim Flughafen endgültig Blick für Realität



Verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion bezeichnet Vorwürfe von SPD-Politikern zum Ausbau als reine Panikmache

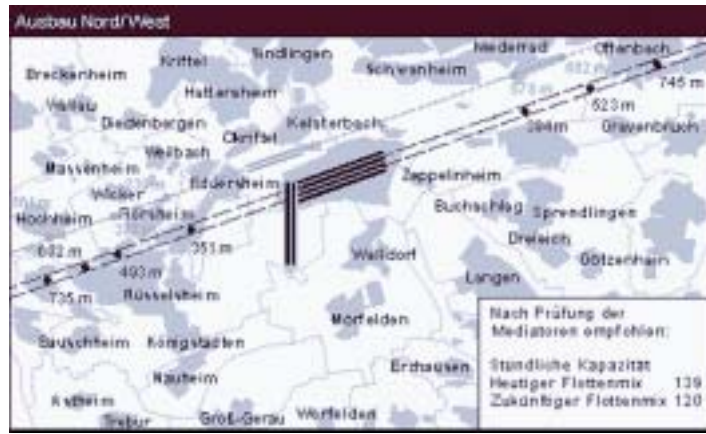
Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Helmut Heuser wies Vorwür-

fe einzelner SPD-Politikerinnen scharf zurück. "Was da in der Öffentlichkeit von sich gegeben wird, ist nicht mehr zu ertragen", sagte Heuser.

Presseberichten zufolge sagte die SPD-Vorsitzende in Oberrad, Rosita Jany, dass die landesplanerische Entscheidung nach Abschluss des Raumordnungsverfahrens sie an eine Bananenrepublik erinnere. Wohngebiete im Frankfurter Süden würden vernichtet. "Jetzt flüchten sich die Sozialdemokraten schon in eine Fabelwelt, nur weil sie verärgert sind, dass ihre Vorzugsvariante beim Raumordnungsverfahren durchgefallen ist", sagte Heuser. Die CDU habe schon vor zwei Jahren darauf verwiesen, dass nur die beste Variante für den Ausbau des Flughafens in Frage kommen kann (M 73 aus dem Jahr 2000). "Und das ist nun mal nach den neuesten Erkenntnissen die Nordwest-Variante". Sie sei ökonomisch und ökologisch am sinnvollsten.

Im Gegensatz zu der von der SPD immer noch bevorzugten Südbahn werde das Kapazitätsziel von 120 Flugbewegungen/Stunde bei der Nordwest-Landebahn erreicht. Die Nachfrage nach Luftverkehr liege bereits heute in Spitzenzeiten bei 110 Flugbewegungen/Stunde. Der Flächenbedarf von 216 ha im Nordwesten sei deutlich niedriger als der im Süden (286 ha). Die Südvariante sei eben wegen des zu hohen Flächenverbrauchs aus raumordnerischer Sicht am ungünstigsten zu bewerten. Der Waldverbrauch mit 162 ha liege deutlich unter dem der SPD-Variante mit 292 ha. Laut Bericht im Raumordnungsverfahren sei die Nordwestvariante bezüglich des direkten Flächenabgangs durch Rodung von allen untersuchten Varianten am günstigsten zu bewerten.

Auch das Ergebnis des Mediationsverfahrens werde von der SPD völlig ignoriert. Nachtflugverbot und Anti-Lärm-Paket komme im



Sprachschatz der Sozialdemokraten nicht vor. "Wir wollen in der CDU einen Ausbau des Frankfurter Flughafens mit folgenden Komponenten: Optimierung des vorhandenen Systems, Kapazitätserweiterung durch Ausbau, Nachtflugverbot, Anti-Lärm-Paket und das Regionale Dialogforum", macht Heuser die Position der Fraktion deutlich. Danach genieße der Schutz der Bevölkerung vor übermäßiger Lärmbelastung Priorität.

Gerade die Nordwestvariante nehme bei einer Variantenreihung anhand der Rangfolgen bei der Bewertung der

Auswirkungen auf die einzelnen Raum- und Umweltfaktoren den ersten Platz ein. Sie verursache insgesamt die geringste Zunahme der Lärmbelastung. Außerdem sei bei der Nordwestvariante der gesamtökologische Waldschaden und flächenmäßige Inanspruchnahme des Regionalen Grünzugs am geringsten "Diese Tatsachen muss auch die SPD einfach mal zur Kenntnis nehmen, anstatt irgendwelche Hetzkampagnen zu betreiben", sagte Heuser.

Ähnlich wie Jany hatte sich vergangene Woche auch die SPD-Stadtverordnete Elke

Tafel in der Presse geäußert. Sie behauptete, dass mit der Landebahn Nordwest einige Gebiete im Frankfurter Süden unbewohnbar würden. Würde die Behauptung Tafels zutreffen, müssten Orte wie Raunheim oder Rüsselsheim schon seit Jahren unbewohnbar sein, weil hier die Flughöhen mit 351 m bzw. 493 m deutlich unter den zukünftigen Flughöhen über dem südlichen Zipfel von Sachsenhausen (582 m) und dem Friedhof Oberrad (682 m) liegen. "Auch das nördliche Neu-Isenburg müsste dann unbewohnbar sein. Dort überfliegen die Flugzeuge bereits heute die Häuser in 394 m Höhe", führt Heuser die Behauptung Tafels ad absurdum.

"Hier werden Befürchtungen und Ängsten der Bürger schamlos für die eigene Politik ausgenutzt", kritisiert Heuser. Fakten aus dem Raumordnungsverfahren würden auf abenteuerliche Weise ausgelegt. "Das was die SPD derzeit macht, hat mit Politik nicht mehr viel zu tun", sagte Heuser.

Anträge und Anfragen

15/249 vom 22.08.2002 Parkraum für das nördliche Sachsenhausen

Die CDU-Fraktion fordert den Magistrat auf, in seine Prüfungen zur Schaffung von Ersatzparkraum für das nördliche Sachsenhausen auch einzubeziehen, ob die private Tiefgarage am Lokalbahnhof mit einer nördlichen Zufahrt wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann.

15/234 vom 19.07.2002

Museumsuferbeleuchtung



Die CDU-Fraktion beantragt eine Ergänzung der M 134 vom 14.06.2002 insoweit, als dass der Magistrat Bürgern, Firmen und sonstigen Institutionen anbietet, einzelne Beleuchtungselemente zu finanzieren.

15/239 vom 07.08.2002 Notfallmanagement der VGF

Der CDU-Stadtverordnete Helmut Heuser fragt den Magistrat, warum während des Busfahrerstreiks Fahrgäste nicht besser über Ausfälle und Notverkehre informiert wurden. Auch über Rundfunksender und die Internet-



seiten von VGF und RMV gäbe es keine zeitnahen Informationen. Heuser kritisierte außerdem, dass es für einige Stadtteile, wie z.B. Nieder-Erlenbach, Kalbach, Harheim oder Seckbach keine Notverkehre gäbe.

15/255 vom 25.07.2002

Sound of Frankfurt



In einer Anfrage will der CDU-Stadtverordnete Jochem Heumann wissen, welche Möglichkeiten der Magistrat sehe, um bei einer Veranstaltung wie Sound of Frankfurt künftig Flächen als Rettungs- und Fluchtwege auszuweisen, ohne dafür Außenterrassen und Sommergärten vor Lokalen in Anspruch zu



nehmen. Der Magistrat solle außerdem verhindern, dass Veranstalter freizuhalten Flächen gegen Bezahlung zur Bewirtschaftung anbieten und dadurch Auflagen missachten.

15/244 vom 15.08.2002

Spielplatz auf der Ami-Wiese

Der Arbeitskreis Planen und Bauen fordert den Magistrat in einem Antrag auf, die bauleitplanmäßigen Voraussetzungen dafür zu schaffen,



dass auf der sogenannten Ami-Wiese in Unterliederbach ein Spielplatz für Kinder und Jugendliche geschaffen wird.

15/257 vom 11.09.2002

Jugendhilfeprojekte an Frankfurter Schulen

Hella Welker und Hilde Krauß fragen den Magistrat, an welchen Schulen sich eine kontinuierliche Schulsozialarbeit etabliert habe. Darüber hinaus besteht Klärungsbedarf bei der Frage, ob der Bedarf an Schulsozialarbeit mit den bestehenden Einrichtungen und Projekten abgedeckt ist oder ob noch zusätzlicher Bedarf besteht.

15/246 vom 15.08.2002

PCs in Kindergärten

Der Arbeitskreis Schule will über den Magistrat die Bitte an die Hessische Landesregierung herantragen, eine wissenschaftliche Untersuchung zum Einsatz von Computern in Kindergärten durchzuführen. Grundsätzlich wäre zu überprüfen, wie sich Lernen mit Computern im Vorschulalter mit dem kreativen Lern- und Spielangebot verknüpfen ließe.



15/262 vom 19.09.2002

Portikus auf der Alten Brücke



Die CDU-Fraktion will im Zuge des Umbaus und der Neugestaltung der Alten Brücke auf einem Teil der Maininsel ein Brückengebäude errichten, in dem der Kunstcontainer "Portikus" sein neues Zuhause finden soll. Der Magistrat solle prüfen, ob der Bau dieses Gebäudes zeitlich vorgezogen und unabhängig von der Baumaßnahme "Alte Brücke" durchgeführt werden könne.

15/269 vom 25.09.2002

Einrichtung eines Dolmetscherpools

Guten Tag नमस्कार Moin
Selamat siang স্বাগতম
God dag τῆς ὀμιλίας
Bonjour नमस्ते Dobar dan
Hello Hyvää päivää سلام
سلام عليكم Bom dia
Bonan tagon Dober den
SALVETE Dzień dobry
Dobrý den שלום Goddag
Καλημέρα Buenos dias
Buon giorno Goeie more
Grüezi 您好 góðan dag
Iyi günler Hallo Salam
Hallo স্বাগতম Buna ziua
JAMBO က.၎် ပါဏ်းကံး
Goddag 안녕하세요
今日は Hi Grüß Gott

Für den Arbeitskreis Immigration stellt sich die Frage, welche städtischen Bediensteten über muttersprachliche Kenntnisse in fremden Sprachen und hinreichende Deutschkenntnisse verfügen und ob diese bereit und in der Lage sind, bei Bedarf in städtischen Dienststellen zu Dolmetscherdiensten zur Verfügung zu stehen.

